

**SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Sabine Riedel*

# Regionaler Nationalismus

Aktuelle Gefahren für die Europäische Integration

S 5  
März 2006  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in  
Auszügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
der SWP gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2006

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

5	<b>Problemstellung und Empfehlungen</b>
7	<b>Das Phänomen des Regionalen Nationalismus</b>
7	Ausstrahlung der Balkankonflikte auf Griechenland und die EU
9	Das Programm des »demokratischen Nationalismus« der EFA
11	Der Regionale Nationalismus auf europäischer Ebene
15	<b>Politische Ziele regio-nationalistischer Akteure</b>
15	1. Scottish National Party (SNP) – Großbritannien
17	2. Plaid Cymru – The Party of Wales – Großbritannien
19	3. Partit Occitan (PÒC) – Frankreich
21	4. Partido Nacionalista Vasco (PNV) – Spanien
23	5. Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) – Spanien
25	6. Die Südtiroler Volkspartei (SVP) – Italien
27	7. Die Lega Nord (LN) – Italien
29	8. Der Vlaams Belang – Belgien
32	<b>Antworten auf den Regionalen Nationalismus</b>
32	Zusammenfassung der Analyse europäischer Regionalparteien
34	Optionen für die deutsche Außenpolitik
36	Europäische Antworten auf den Regionalen Nationalismus
39	<b>Anhang</b>
39	Literaturhinweise
40	Abkürzungen



## **Regionaler Nationalismus. Aktuelle Gefahren für die Europäische Integration**

Während das Phänomen des Regionalen Nationalismus in Deutschland bisher kaum in Erscheinung getreten ist, stellt es in einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein drängendes Problem dar. Erst kürzlich warnte das belgische Staatsoberhaupt König Albert II. die Politiker seines Landes vor einem »Sub-Nationalismus«, der einen schleichenden Prozess der Desintegration des belgischen Staates in Gang gesetzt habe. Im laufenden italienischen Parlamentswahlkampf verstärkt die *Lega Nord* ihre Forderungen nach einer Abspaltung Norditaliens, und eine Mehrheit der Bürgermeister der autonomen Provinz Südtirol hat das benachbarte Österreich dazu aufgerufen, sich auf seine Schutzmachtrolle für die Südtiroler zu besinnen und sie in der österreichischen Verfassung festzuschreiben. Schließlich kündigten im vergangenen Jahr die beiden spanischen autonomen Regionen, Katalonien und das Baskenland, ihre mit der spanischen Zentralregierung vereinbarten Autonomiestatuten eigenmächtig auf, um der angestrebten Eigenstaatlichkeit ein Stück näher zu kommen.

Diese Entwicklungen werden von Regionalparteien angestoßen, die sich bereits auf europäischer Ebene positioniert haben und mittlerweile in allen Fraktionen des Europaparlaments mitarbeiten. Dazu gehören zunächst jene 27 Organisationen, die sich am 26. März 2004 zu einer europäischen Partei, der *European Free Alliance* (EFA), zusammengeschlossen haben. Ihr Programm eines »demokratischen Nationalismus« zielt auf eine verstärkte Regionalisierung der EU-Mitgliedstaaten. Dabei wird die angestrebte politische Aufwertung der europäischen Regionen mit dem Selbstbestimmungsrecht der »staatenlosen Völker« gerechtfertigt, eine Argumentation, die sich auf das Konzept der Kulturnation stützt, wonach es vor allem die sprachliche Identität ist, die über die Nationszugehörigkeit der regionalen Bevölkerung entscheidet. Ausgehend davon wird behauptet, dass nicht alle EU-Mitgliedstaaten Nationen seien, sondern manche sich aus »internen Nationen« zusammensetzten. Der Nationsbegriff als politische Rechtsgemeinschaft aller Staatsbürger existiert für diese Regionalparteien nicht.

Die EFA ist derzeit mit vier Abgeordneten im Europaparlament vertreten und damit ebenso stark wie die *Lega Nord*. Während die italienische Regionalpartei in der *Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie* ganz offen mit Europegegnern, das heißt mit der *United Kingdom Independence Party* und der polnischen *Liga Polskich Rodzin*, zusammenarbeitet, betont die EFA ihren proeuropäischen Charakter. Sie konnte sogar die Abgeordneten der europäischen Grünen als Bündnispartner gewinnen und gründete mit ihnen die *Fraktion The Greens/European Free Alliance*. Aus diesen bündnispolitischen Erwägungen heraus ist es der EFA ebenso wichtig, sich als Anwalt nationaler Minderheiten zu präsentieren und ein antirassistisches Image zu

pflegen. Mit Parteien wie dem *Vlaams Blok* oder *Vlaams Belang*, einer belgischen Regionalpartei mit zwei Europaabgeordneten, will sie nicht in Verbindung gebracht werden.

Trotz dieser Unterschiede gibt es zwischen diesen nationalistisch orientierten Regionalparteien Gemeinsamkeiten, die eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen als solchem dringlich erscheinen lassen: Fast alle verfolgen einen separatistischen Kurs und begründen dies mit kulturalistischen Argumenten. Damit machen sie sich indirekt zu Verbündeten traditioneller Nationalisten. Grundsätzlich fällt auf, wie sehr sich die von beiden Strömungen vorgebrachten Argumente gleichen und wie ähnlich sie sich in der Tendenz sind, in ihrer jeweiligen Region eine intolerante und auf Segregation angelegte Politik zu betreiben. Dies jedenfalls ist das Ergebnis der im Folgenden vorgenommenen Analyse von acht Fallbeispielen. Ausgewählt wurden vier Mitgliedsorganisationen der EFA, darunter die beiden britischen Regionalparteien mit Sitz im Europaparlament, die *Scottish National Party* (SNP) und die *Plaid Cymru–The Party of Wales*, die katalanische *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC) und der französische *Partit Occitan* (PÒC). Die übrigen vier Regionalparteien verteilen sich auf die anderen Fraktionen des Europaparlaments: Der baskische *Partido Nacionalista Vasco* (PNV) gehört zur Fraktion der Liberalen (ALDE), die *Südtiroler Volkspartei* (SVP) zu der der *Europäischen Volkspartei* (EVP). Schließlich wurden noch die *Lega Nord* und der *Vlaams Belang* in die Analyse einbezogen.

Ein wichtiges Ergebnis ist, dass der Regionale Nationalismus die Prinzipien der Europäischen Integration wie *Solidarität* und *Subsidiarität* rein instrumentell betrachtet. Selbst die Anhänger eines proeuropäischen, »demokratischen Nationalismus« wollen in der Praxis ihre wirtschaftlichen Ressourcen nicht mit anderen Regionen teilen, vor allem nicht mit Regionen des eigenen Nationalstaats, die infolge des Strukturwandels auf Hilfen angewiesen sind. Interessanterweise sind es in vielen Fällen die reicheren Regionen, in denen die Forderungen des regionalen Nationalismus auf fruchtbaren Boden fallen. Darüber hinaus erweist sich ihre Zusammenarbeit in Euroregionen, mit der sie ihren proeuropäischen Charakter unterstreichen, als eine Strategie der nationalen Vereinigung mit angrenzenden Territorien. Damit trägt ihre Politik im Gegensatz zu ihren offiziellen programmatischen Erklärungen expansionistische Züge.

Um die derzeitige territoriale Ordnung in den EU-Mitgliedstaaten zu stabilisieren, könnten die deutsche Außenpolitik oder deutsche Abgeordnete im Europaparlament die Entwicklung eines Kriterienkatalogs zur Gestaltung der Regionalisierungsprozesse auf europäischer Ebene vorschlagen. Dabei sollte ins allgemeine Bewusstsein gerückt werden, welche Ziele mit der Devolution bzw. Regionalisierung ursprünglich verbunden wurden: In erster Linie sollte sie ein politisches Instrument sein, um Prinzipien der Europäischen Integration wie *Solidarität* und *Subsidiarität* auf nationalstaatlicher Ebene einzulösen, und zwar im Interesse der Regionen mit all ihren Einwohnern. Der europäischen Öffentlichkeit sollte eindringlicher vermittelt werden, dass im Grunde nur ein übergeordnetes politisches Dach den kulturellen Pluralismus einer Gesellschaft schützen kann.

## Das Phänomen des Regionalen Nationalismus

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und den Transformationsprozessen in Osteuropa haben interethnische Konflikte eine neue Dynamik bekommen und die Debatte um das *Selbstbestimmungsrecht der Völker* wiederbelebt. Im Falle Jugoslawiens waren die EU-Mitgliedstaaten bereit, den Völkern der jugoslawischen Teilrepubliken dieses Selbstbestimmungsrecht zuzugestehen und diese als neue Staaten anzuerkennen. Dabei haben sie jedoch die elementare Frage ausgespart, welchen Begriff von Volk oder Nation sie dieser Entscheidung zugrunde legen.<sup>1</sup> Die *Nation als Kulturgemeinschaft* beruft sich auf eine gemeinsame Geschichte, Abstammung, Sprache oder Religion und leitet davon das Recht auf eine eigene Staatlichkeit ab. Dagegen stützt sich das Modell der politischen Nation nicht auf die ethnische Zugehörigkeit der einzelnen Bürger, sondern betrachtet diese als gleichberechtigte Angehörige einer *Nation als Rechtsgemeinschaft*.

Mit der Anerkennung der Nachfolgestaaten Jugoslawiens wollten die EU-Mitgliedstaaten dem politischen Prinzip folgen und innerjugoslawische Grenzstreitigkeiten verhindern, die unter Verweis auf die sprachliche oder religiöse Identität der Bevölkerung hätten ausbrechen können. Doch leistete die Anerkennung ohne eine Bestimmung des Nationsbegriffs als politische Rechtsgemeinschaft letztlich dem Konzept der Kulturnation als *Movens* der Sezessionsbestrebungen Vorschub. Die betreffenden Akteure wurden lediglich zu Kompromissen gezwungen, nicht aber zur Abkehr von jener nationalistischen Politik, die nur das Wohl der eigenen ethnischen Gruppe als Kulturnation im Auge hat. Die föderale Aufteilung Bosnien-Herzegowinas nach ethnischen Kriterien hat im zurückliegenden Jahrzehnt kein stabiles politisches System hervorgebracht. Daher ist vom Konzept der Kulturnation und seiner ethnischen Proporzregel weder eine Lösung des Kosovo-Konflikts noch eine Stabilisierung der Republik Makedonien zu erwarten.<sup>2</sup> Im Gegenteil ist zu befürchten, dass – angestoßen durch die Balkankonflikte – Regionalbewegungen in den EU-Mitgliedstaaten gestärkt werden, die entlang von Sprachgrenzen den Aufbau und Ausbau einer Territorialautonomie und in vielen Fällen sogar die Anerkennung der staatlichen Souveränität fordern.

### Ausstrahlung der Balkankonflikte auf Griechenland und die EU

Das Modell der Kulturnation ist keineswegs eine historische Besonderheit des ehemaligen Jugoslawien. In Deutschland ist der Nationsbegriff zuletzt im Jahre 1999 breit diskutiert worden, als die damalige Bundesregierung das Staatsangehörigkeitsgesetz aus dem Jahre 1913 novellierte. Die Reform

<sup>1</sup> Jörg Fisch, »Die Ratlosigkeit der Statussucher. Kosovo und das Selbstbestimmungsrecht der Völker«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 14.1.2006.

<sup>2</sup> Sabine Riedel, *Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration*, Wiesbaden 2005.

bekräftigte das Modell der politischen Nation, das sich aus dem Grundgesetz ableiten lässt. Hinsichtlich der ethnischen Identität der deutschen Bevölkerung verhält sich das neue Gesetz nämlich neutral, das heißt die Zugehörigkeit zur deutschen Nation ist von der Muttersprache oder Konfession unabhängig. Dennoch gibt es in Deutschland wie auch in anderen EU-Mitgliedstaaten zahlreiche Anhänger des Kulturnationsbegriffs. Diese verstehen die Nation als eine Gemeinschaft, die sich aufgrund einer gemeinsamen Abstammung, Geschichte, Sprache oder Religion von anderen Nationen kulturell abgrenzt. Sie vertreten die Ansicht, dass dieser kulturelle Unterschied im politischen System zum Ausdruck kommen sollte, indem (Kultur-)Nationen das Recht auf eine eigene politische Repräsentanz oder gar auf eigene Staatlichkeit zugestanden wird.



Das Emblem der makedonischen Partei in Nordgriechenland *Europaiki Eleftheri Symmachia Uranio Toxo*/European Free Alliance Rainbow (makedonisch *Vinožito*), <[www.florina.org](http://www.florina.org)>

Nordgriechenland bietet ein anschauliches Beispiel dafür, welche Ausstrahlung der Zerfall Jugoslawiens auf die Mitgliedstaaten der EU hat und wie dort die ethnische Zugehörigkeit allmählich eine politische Aufwertung erfuhr. Am 8. September 1995 gründete sich die Partei *Europaiki Eleftheri Symmachia Uranio Toxo*/European Free Alliance Rainbow (makedonisch *Vinožito*), die sich als Vertretung der »ethnischen Makedonier« versteht. Sie beklagt die angebliche Ignoranz des griechischen Staates gegenüber der ethnischen Identität seiner Bürger. Ein Teil der Einwohner Griechenlands orientiert sich in der Tat nicht nur am offiziellen griechischen Bildungsideal, sondern pflegt daneben eine andere Muttersprache und Religion. So gibt es Minderheiten, die eine romanische oder slawische Sprache, Türkisch oder Albanisch sprechen oder aber islamischen oder jüdischen Glaubens sind.

Der Partei *Rainbow* geht es aber nicht in erster Linie darum, unter Berufung auf die Europäische Menschenrechtskonvention jedwede Form von Diskriminierung zu ahnden. Sie fordert von der griechischen Regierung weit mehr, nämlich dass Athen neue Kollektivrechte für ethnische Minderheiten einführt, insbesondere für »Makedonier, Türken, Walachen, Arvaniten, Pomaken und Roma«.<sup>3</sup> Dazu gehöre auch die Anerkennung dieser »staatenlosen Völker« als *Nationen*. Diese Forderung diene der »ethnischen Emanzipation der Balkanvölker« und habe nichts mit dem Nationalismus der jugoslawischen Nachfolgestaaten zu tun, die schließlich expansionistische Ziele verfolgten. In dem Manifest des *Rainbow* für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 heißt es deshalb ausdrücklich: »Wir haben aus dem ehemaligen Jugoslawien gelernt.«<sup>4</sup> Vor allem aber grenzt die *Rainbow*-Partei ihr Programm für nationale Minderheiten vom Nationalismus staatlicher Akteure ab, indem sie sich zur Demokratie, zur Regionalisierung und zur europäischen Integration bekennt.

Diese programmatischen Positionen verleihen dem regionalen Nationalismus in Nordgriechenland auf den ersten Blick einen emanzipato-

<sup>3</sup> European Free Alliance–Rainbow. Political Party of the Macedonian Minority in Greece, *Original Political Manifesto of the Rainbow Party*, 27.5.2004, <[www.florina.org/html/about/manifesto.html](http://www.florina.org/html/about/manifesto.html)>.

<sup>4</sup> European Free Alliance (EFA), *Manifesto for the June 2004 European Elections*, <[www.florina.org/html/about/2004\\_manifesto\\_new.pdf](http://www.florina.org/html/about/2004_manifesto_new.pdf)>.

rischen Charakter. Das auf Sprache oder Religion basierende ethnische Nationsmodell wird als eine demokratische Alternative zum gegenwärtigen politischen Nationskonzept herausgestellt. *Rainbow* kritisiert insbesondere, dass der griechische Staat an seinem Zentralismus festhalte und die von der EU geforderte Regionalisierung auf autokratische Art von oben steuere: »Wir stellen uns jeder Politik einer autokratischen Dezentralisierung entgegen, die vom derzeitigen »Athener Staat« betrieben wird.«<sup>5</sup> Grundlage für die Dezentralisierung des Landes solle das ethnische Identitätsbewusstsein der regionalen Bevölkerung sein. Falls die politische Partizipation und Repräsentation der »staatenlosen Völker« nicht anders zu ermöglichen sei, solle auch eine Veränderung der bestehenden Grenzen nicht ausgeschlossen werden. Das Ziel von *Rainbow-Vinožito* bleibt die Anerkennung der »statality«, das heißt des Rechts auf einen eigenen Nationalstaat im Rahmen der Europäischen Union.<sup>6</sup> Hieraus leitete die Partei ihr Motto für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 ab: »Sovereignty, Social Justice, Subsidiarity. Towards a Europe of Diversity«.

### Das Programm des »demokratischen Nationalismus« der EFA

Das Motto »Souveränität, soziale Gerechtigkeit, Subsidiarität« in einem Europa der kulturellen Differenz teilt die Partei der makedonischsprachigen Bevölkerung Nordgriechenlands mit zahlreichen anderen regionalen Parteien in der EU. Die *European Free Alliance* (EFA), deren Anfänge in das Jahr 1981 zurückreichen, hat 33 Mitglieder. Ihre Gründung steht im Zusammenhang mit der Einführung von Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1979. Zwei gewählte Vertreter aus Belgien, die der damaligen flämischen Partei *Volksunie* angehörten, schlossen sich mit dem italienischen Abgeordneten der *Partito Sardo d’Azione* (PSd’Az) zusammen, um die Interessen europäischer Regionen wirksamer vertreten zu können. Nach dem Beitritt Spaniens zur EU erhielten sie Unterstützung durch einen Vertreter der baskischen Organisation *Eusko Alkartasuna* (EA), woraufhin sich die parlamentarische Gruppe 1987 als »*Rainbow*« konstituierte. Mit den Wahlen im Jahre 1989 vergrößerte sich der Kreis der Regionalparteien im Europäischen Parlament um folgende Parteien: *Scottish National Party*, *Esquerra Republicana de Catalunya*, *Avvene Corsu*, *Independent Fianna Fail*, *Partido Andalucista*, *Lega Nord*, *Coalición Canaria*.<sup>7</sup>

Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1994 kam es zum Bruch zwischen der EFA und der *Lega Nord*. Grund war das Regierungsbündnis, das die norditalienischen Separatisten mit der nationalistischen *Alleanza Nazionale* des Gianfranco Fini eingegangen waren. Die Gruppe der europäischen Regionalparteien änderte danach ihren Namen in *Democratic Party of the Peoples of Europe – European Free Alliance* (DPPE-EFA).

<sup>5</sup> European Free Alliance–Rainbow (EFA), *Original Political Manifesto of the Rainbow* [wie Fn. 3].

<sup>6</sup> EFA, *Manifesto for the June 2004 European elections* [wie Fn. 4].

<sup>7</sup> EFA, *The European Political Parties: The Regionalists*, 2.5.1995, <[www.e-fa.org/efaactive.php?id=21](http://www.e-fa.org/efaactive.php?id=21)>.

Die Konsolidierung ihres Programms ließ die Zahl der Vollmitglieder auf 27 Organisationen ansteigen, 6 Organisationen haben Beobachterstatus (siehe Tabelle, S. 13). Als sie sich am 26. März 2004 – im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 – erneut unter dem Namen *European Free Alliance* (EFA) als eine gesamteuropäische Partei konstituierte,<sup>8</sup> zählte sie bereits neun Europaabgeordnete. Danach ist die Zahl ihrer Mandate im Europaparlament allerdings auf vier zurückgegangen. Dennoch muss sie als politischer Akteur ernst genommen werden, denn sie ist sehr gut organisiert und hat ein feinmaschiges Netzwerk von der regionalen und nationalen Ebene bis nach Brüssel gespannt.

Zu den wichtigsten Dokumenten der EFA gehören bis heute die »Brüsseler Erklärung vom 9. November 2000« und das »European Free Alliance (EFA) Manifesto for the June 2004 European Elections«. Darin bekennen sich alle Mitgliedsorganisationen zu den »Prinzipien des demokratischen Nationalismus«. Den Begriff »demokratischer Nationalismus« versteht die EFA als Synonym zu Regionalismus.<sup>9</sup> Wie schon am Beispiel der Partei *Rainbow-Vinožito* in Nordgriechenland dargestellt, bringen die Mitgliedsorganisationen der EFA die Forderung nach einer Regionalisierung der EU-Mitgliedstaaten mit dem Selbstbestimmungsrecht der »staatenlosen Völker« in Verbindung. Vom Konzept der Kulturnation ausgehend behaupten sie, dass nicht alle Mitgliedstaaten der Union *Nationen* darstellten, sondern dass sich einige aus »internen Nationen« zusammensetzten. Der auf internationaler Ebene verwendete Nationsbegriff als politische Rechtsgemeinschaft von Staatsbürgern eines Landes existiert für sie nicht.

Nach Auffassung der EFA läuft eine Anerkennung dieser »staatenlosen Nationen« auf eine Teilung der staatlichen Souveränität hinaus. Denn nur so sei eine »effektive Wirkung des Subsidiaritätsprinzips gewährleistet«. Ein Blick auf die Homepage des Bündnisses zeigt deutlich die Reichweite dieser Forderung: Schon auf dem schmalen Kartenausschnitt, der dort sichtbar ist, sind mehrere Grenzveränderungen innerhalb der Europäischen Union zu erkennen, die Frankreich, Tschechien, die Slowakei und Polen betreffen würden. Diese neuen Grenzen sind in den meisten Fällen gleichbedeutend mit der politischen Aufwertung von Regionen zu souveränen Staaten.

#### Abbildung 1

Grenzveränderungen in Europa nach den Vorstellungen der EFA (Kartenausschnitt)



Quelle: Internet-Startseite der European Free Alliance (EFA), <[www.e-fa.org](http://www.e-fa.org)>.

<sup>8</sup> Die offizielle Anerkennung durch die EU-Institutionen erfolgte am 13.10.2004.

<sup>9</sup> EFA, *Brüsseler Erklärung*, 9. November 2000, <[www.e-fa.org/efaactive.php?id=42](http://www.e-fa.org/efaactive.php?id=42)>.

Zur Verwirklichung dieses Ziels schlägt die EFA schon jetzt eine Reform der EU-Institutionen vor, die eine »direkte Präsenz staatenloser Nationen« ermögliche. Dafür sei notfalls auch die Zahl der EU-Abgeordneten zu erhöhen. Neben dem Europäischen Parlament sei eine zweite gesetzgebende Kammer mit Regionalvertretern einzurichten.<sup>10</sup> Eine solche Reform würde dem Ausschuss der Regionen neue entscheidende Kompetenzen zuweisen.

## Der Regionale Nationalismus auf europäischer Ebene

Der »demokratische Nationalismus« der EFA ist von besonderem Interesse, weil hier ein nationalistisches Programm mit demokratischen und progressiv wirkenden Inhalten verbunden wird und dadurch politisch akzeptabel und wählbar erscheint. So spricht sich die EFA »entschieden gegen alle Formen von Rassismus und Xenophobie« aus.<sup>11</sup> Insbesondere ihre Parteinahme für ethnische bzw. nationale Minderheiten, das heißt auf den ersten Blick für die »Schwachen der Gesellschaft«, bringt ihr Sympathien ein und suggeriert, dass sich die EFA für »soziale Gerechtigkeit sowie die Einhaltung der Gleichheit und der Menschenrechte« einsetze.

Es überrascht daher nicht, dass die Mitgliedsorganisationen der EFA auf europäischer Ebene mit den Grünen zusammenarbeiten. Die Anfänge dieser Kooperation im Europaparlament gehen auf die Gründung der parlamentarischen Gruppe *Rainbow* im Jahre 1987 zurück. Das Bündnis ermöglichte beiden politischen Kräften schon in den neunziger Jahren, eine gemeinsame Fraktion zu bilden, wofür mindestens 19 Abgeordnete aus fünf unterschiedlichen Mitgliedstaaten zusammenkommen müssen. Seit den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 zählt die Fraktion *The Greens/European Free Alliance* insgesamt 40 gewählte Mitglieder. In einem »Protocol of Understanding« haben die beiden Partner ihre gemeinsamen politischen Grundsätze niedergelegt. Ganz oben auf der Agenda stehen »ökologische, kulturelle und demokratische Rechte«.<sup>12</sup>

Diese fraktionelle Zusammenarbeit der vier EFA-Abgeordneten mit den europäischen Grünen bedeutet allerdings nicht, dass die einzelnen Mitgliedsorganisationen programmatisch an die Fraktion gebunden wären. Es ist ihnen im Gegenteil ausdrücklich die Freiheit zugestanden, ihre jeweils eigenen parteipolitischen Grundsätze zu verfolgen. Dieser Spielraum ist für die Parteien der EFA von existenzieller Bedeutung. Denn betrachtet man deren Rolle im Parteiensystem auf der jeweiligen nationalen Ebene, so zeigt sich, dass sie fast das gesamte politische Spektrum abdecken. Während die beiden britischen Regionalparteien, die *Scottish National Party* und *The Party of Wales* eher die konservativen Wähler ansprechen, bezeichnet sich die belgische Regionalpartei SPIRIT als *De Vlaamse Links-Liberalen*. Die baskische Regionalpartei *Eusko Alkartasuna* versteht sich als sozialdemokratische Partei, die *Esquerra Republicana de Catalunya* ist mit *Republikanische Linke Kataloniens* zu übersetzen. Nur in Frankreich ging der *Partit Occitan* als

<sup>10</sup> Vgl. ebd.

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> <[www.greens-efa.org/cms/default/rubrik/6/6646.project@de.htm](http://www.greens-efa.org/cms/default/rubrik/6/6646.project@de.htm)>.

EFA-Mitglied ein enges Wahlbündnis mit den Grünen ein, um in die Regionalparlamente gewählt zu werden.

Insgesamt wird deutlich, dass sich der »demokratische Nationalismus« der EFA gegenüber den meisten Parteien als anschluss- bzw. bündnisfähig erweist, zu linken, sozialdemokratischen, grünen Parteien ebenso wie zu liberalen oder konservativen Parteien. Dies erschwert die Analyse und die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dieser Form des Nationalismus. Vor allem ist man versucht anzunehmen, dass die Hauptgegner der EFA jene rechtsgerichteten bzw. nationalistischen Parteien seien, die nicht regional, sondern von einer gesamtstaatlichen Plattform aus agieren. Dieser Nationalismus ist bekanntermaßen auf den Erhalt der nationalen Einheit eines Staates orientiert, kämpft meist folgerichtig für den Erhalt zentraler Verwaltungsstrukturen und neigt zu autoritärstaatlichem Handeln und zu Führerpersönlichkeiten. Wie die Beispiele des französischen *Front National* oder der niederländischen *Lijst Pim Fortuyn* zeigen, ist er auf nationaler Ebene gegen die kulturelle Vielfalt und die interethnische Koexistenz gerichtet und außenpolitisch europafeindlich eingestellt.

Nimmt man jedoch weitere Regionalparteien, die im europäischen Parlament vertreten sind, in den Blick, findet man Beispiele für Organisationen, die sich nicht dem Programm des »demokratische Nationalismus« der EFA angeschlossen haben, sondern im Gegenteil offen rassistische oder europafeindliche Positionen beziehen und sich in diesen Punkten kaum noch von den traditionellen Nationalisten unterscheiden. Hierzu gehört der 2004 wegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verbotene belgische *Vlaams Blok*, dessen politische Nachfolge der *Vlaams Belang* angetreten hat. Seine beiden Abgeordneten im Europaparlament gehören keiner Fraktion an. Sie stehen damit ebenso am Rande des parlamentarischen Geschehens wie andere europa- und fremdenfeindliche Parteien, zum Beispiel der französische *Front National* (7 Sitze), die italienische *Lista Mussolini* (1), die *Freiheitliche Partei Österreichs* (1) oder die polnische *Samoobrona* (4). Die italienische *Lega Nord*, die für die Unabhängigkeit Norditaliens eintritt, hat sich im Parlamentswahlkampf 2006 ebenfalls fremdenfeindliche Parolen zu Eigen gemacht. Ihre vier Europaabgeordneten arbeiten in der *Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie* ganz offen mit Europegegnern zusammen, mit der *United Kingdom Independence Party* (10) und der polnischen *Liga Polskich Rodzin* (5).

Zwischen diesen beiden Polen der proeuropäischen und europafeindlichen Regionalisten beeinflussen noch weitere regionale Organisationen das politische Geschehen in Brüssel. Drei große spanische Regionalparteien haben sich der Fraktion der *Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa* (ALDE) angeschlossen, nämlich der als links-nationalistisch eingestufte galizische *Bloque Nacionalista Galego* (BNG), die als konservativ geltende katalanische Partei *Convergència i Unió* (CiU) und der im Baskenland regierende *Partido Nacionalista Vasco* (PNV). Dagegen entschied sich die konservative *Südtiroler Volkspartei* (SVP) für die Zusammenarbeit mit der *Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischer Demokraten*. Sie ist eine der wenigen Regionalparteien im Europäischen Parlament, die sich mit der Forderung nach »nationaler Unabhängigkeit«

**Tabelle**  
**Nationalistische Regionalparteien im EU-Parlament**

Regionalpartei	National- staat	Region	Gewählte Vertreter			
			im regionalen Parlament <sup>a</sup>	im nationalen Parlament <sup>a</sup>	im Europa- parlament	EP-Fraktion
<b>Vlaams Belang*</b> (ehemals Vlaams Blok)	Belgien	Flandern	32 von 124	18 von 150	2	fraktionslos
<b>Südtiroler Volkspartei (SVP)</b>	Italien	Südtirol	21 von 35	8 von 610	1	EVP (Europäische Volkspartei)
<b>Lega Nord (LN)*</b> – Per l'Indipendenza della Padania	Italien	»Padanien« (Nord- italien)	Lombardei: 10 von 64 Veneto: 11 von 60	26 von 610	4	ID (Unabhängig- keit/Demokratie)
Eusko Alkartasuna (EA)*	Spanien	Baskenland	29 von 75	1 von 350	1	als Parteien- bündnis »Europa de los Pueblos« bei Grüne/EFA
<b>Esquerra Republicana de Catalunya (ERC)*</b>	Spanien	Katalonien	23 von 135	8 von 350	1	
<b>Partido Nacionalista Vasco* (PNV)</b>	Spanien	Baskenland	29 von 75	7 von 350	2	als Parteienbünd- nis GalEusCa
Convergència i Unió (CiU)	Spanien	Katalonien	46 von 135	10 von 350		sind alle drei Par- teien Teil der
Bloque Nacionalista Galego (BNG)	Spanien	Galizien	13 von 75	2 von 350		ALDE (Liberale)
<b>Scottish National Party (SNP)*</b>	Vereinigtes Königreich	Schottland	26 von 129	6 von 646	2	Grüne/EFA
<b>Plaid Cymru* – The Party of Wales</b>	Vereinigtes Königreich	Wales	12 von 60	3 von 646	1	Grüne/EFA
Sinn Féin*	Vereinigtes Königreich	Nordirland	24 von 108	5 von 646	1	Konföderale Frak- tion der Vereinig- ten Europäischen Linken/Nordische Grüne

Die mit \* gekennzeichneten Parteien fordern die nationale Unabhängigkeit ihrer Region; **fettgedruckte** Regionalparteien werden im folgenden Kapitel analysiert.

**a** Zahl der Sitze von Anzahl aller Sitze im jeweiligen Parlament.

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von <www.europarl.eu.int/members>.

ihrer Region derzeit noch zurückhalten. Die wiederum offen separa-  
tistische Nordirische Partei *Sinn Féin* gehört der *Konföderalen Fraktion der Ver-  
einigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke* an.

Die Regionalparteien der EFA sind nicht nur auf nationaler Ebene zu  
fast allen Parteien bündnisfähig, wie die oben abgedruckte Aufstellung  
zeigt, erweisen sie sich auch auf europäischer Ebene als flexibel und anpas-  
sungsfähig: Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion sind sie in  
allen Fraktionen des Europaparlaments vertreten. Diese programmatische  
Offenheit deutet darauf hin, dass die Regionalparteien strategische Ziele

verfolgen, die auf den ersten Blick nicht so deutlich zu erkennen sind. Eine Auseinandersetzung mit diesen politischen Kräften erscheint aber umso dringlicher, als die meisten einen offenen separatistischen Kurs verfolgen. Dabei bedienen sie sich des Arguments der Kulturnation, um die Anerkennung ihrer »staatenlosen Nation« und eine größere Mitsprache in den europäischen Institutionen zu erlangen. Diese kulturalistische Begründung des Anspruchs auf Eigenstaatlichkeit macht sie indirekt zu Verbündeten traditioneller Nationalisten. Die Spiegelbildlichkeit ihrer Argumentation und die beiden Strömungen gemeinsame Tendenz, in ihrer jeweiligen Region eine intolerante und auf Segregation angelegte Politik zu verfolgen, sind jedenfalls auffällig. Was den regionalen Nationalismus allerdings noch gefährlicher macht, ist seine Forderung nach Grenzrevisionen in Europa. Um diese Punkte herauszuarbeiten, werden im folgenden Kapitel acht Regionalparteien einer genaueren Analyse unterzogen. Sieben finden sich in der Tabelle auf Seite 13 wieder (Fettdruck). Ergänzend dazu soll ein Beispiel aus Frankreich berücksichtigt werden, nämlich der *Partit Occitan* als Mitglied der EFA.

## Politische Ziele regio-nationalistischer Akteure

### 1. Scottish National Party (SNP) – Großbritannien

Die politisch erfolgreichste Mitgliedsorganisation der *European Free Alliance* ist die *Scottish National Party* (SNP). Sie allein stellt derzeit zwei der vier EFA-Abgeordneten im Europäischen Parlament. Bei den letzten Europawahlen im Juni 2004 im Vereinigten Königreich hat die SNP 1,4 Prozent der Stimmen erhalten. Betrachtet man die Wahlergebnisse allein für Schottland mit seinen rund 5 Millionen Einwohnern, bedeuten die 231 505 Stimmen für die SNP einen Anteil von 19,7 Prozent.<sup>13</sup>

In den ersten Jahrzehnten nach ihrer Gründung im Jahre 1934 kam die SNP bei den Wahlen zum britischen Unterhaus in Schottland kaum über 1 Prozent hinaus. Ihr Aufstieg begann erst Mitte der sechziger Jahre und gipfelte 1974 in einem Rekordergebnis von 30 Prozent in Schottland. Seither ist die Regionalpartei immer mit mehreren Abgeordneten im britischen Unterhaus vertreten. Bei den Wahlen im Mai 2005 erzielte sie auf regionaler Ebene 17,9 Prozent, landesweit 1,5 Prozent, was der Partei 6 Parlamentssitze einbrachte. Von Anfang an nutzten die schottischen Regionalisten ihre politische Präsenz in London, um ihre Forderung nach einer Autonomie für Schottland populär zu machen. Erste Unterstützung für ihre Ziele erhielten sie von der Labour-Regierung unter James Callaghan, die 1978 einen Scotland Act auf den Weg brachte. Für den 1. März 1979 wurde ein Referendum angesetzt, in dem die Schotten über die Einrichtung eines eigenen schottischen Parlaments abstimmen sollten. Obwohl sich 1,2 Millionen Wähler dafür aussprachen, scheiterte das Referendum an der Klausel, dass 40 Prozent aller Wahlberechtigten diese neue Form der regionalen Selbstverwaltung hätten annehmen müssen.

Einen zweiten Anlauf nahm Labour, als die Partei im Jahre 1997 wieder an die Regierung gelangte. Tony Blair setzte die »Regionalisierung Großbritanniens« (englisch *devolution*) auf die Agenda. Ein neues, für den 11. September 1997 anberaumtes Referendum über ein Autonomiestatut führte diesmal zum Erfolg. Daraufhin fanden in Schottland im Mai 1999 zum ersten Mal Wahlen zum neuen Scottish Parliament statt. Deren Resultat lässt nebenbei Rückschlüsse auf die Interessen der Labour Party an der Regionalisierungspolitik zu: Mit 56 von 129 Sitzen wurde sie nicht nur stärkste Partei, es gelang ihr auch, die Konservativen mit 17 Abgeordneten in eine Randposition abzurängen. Die Rolle als stärkste Oppositionspartei übernahmen dagegen die schottischen Nationalisten der SNP. Auch wenn diese bei den zweiten Regionalwahlen im Jahre 2003 Verluste hinnehmen

<sup>13</sup> Adam Mellows-Facer/Richard Cracknell/Jessica Yonwin, *European Parliament Elections 2004*, House of Commons Library Research Paper 04/50, 23.6.2004, <[www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2004/rp04-050.pdf](http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2004/rp04-050.pdf)>. Dass die schottischen Nationalisten bei den Europawahlen trotzdem erstmals Einbußen hinnehmen mussten, ist vornehmlich auf den Anstieg der Wahlbeteiligung von 24 Prozent (1999) auf 38,2 Prozent zurückzuführen.



Britische Regionen mit  
Autonomiestatuten:  
Wales, Schottland und  
Nordirland

mussten und derzeit mit nur noch 26 von 129 Abgeordneten im Parlament in Edinburgh vertreten sind, konnten sie ihre Position als zweitstärkste politische Kraft in Schottland verteidigen.

Insgesamt kann der Prozess der *devolution* in Großbritannien als ein kalkulierter Schachzug gegen die Konservativen gesehen werden. Bedenklich stimmt darüber hinaus, dass der Dezentralisierung keine konsistente Strategie zugrunde lag: In Schottland, Nordirland und Wales wurden neue Parlamente mit unterschiedlichen Autonomierechten geschaffen, für England jedoch sah man kein eigenes Regionalparlament vor. Dies erleichterte es der SNP, den Regionalisierungsprozess kulturalistisch umzudeuten. Ursprünglich war die »devolution« als Prozess der Demokratisierung nach dem Subsidiaritätsprinzip gedacht; nun wurde sie als eine Verwirklichung des historischen Rechts der schottischen Nation auf Selbstverwaltung interpretiert. Sehr deutlich wird dies an der von der SNP inzwischen erhobenen Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit: »Warum Unabhängigkeit?«, fragt eine aktuelle Broschüre der Partei, und antwortet: »Eine Unabhängigkeit würde uns dieselben Rechte and Pflichten geben, wie andere Nationen sie haben [...] Dezentralisierung reicht nicht [...] Dadurch behält London die Kontrolle über entscheidende Bereiche wie Wirtschaft (einschließlich unser Öl), Steuern, Zuschüsse, Renten, Einwanderung und Asyl, Medien, Verteidigung und internationale Angelegenheiten.«<sup>14</sup>

Erst der Rückgriff auf den Begriff der *Kulturnation* erlaubt es den schottischen Separatisten, die Regionalisierung Großbritanniens als Ausdruck eines Antagonismus zwischen mehreren Nationen zu interpretieren. Dabei unterstellt die SNP eine rechtliche Ungleichheit, die mit einer vermeintlichen englischen Vorherrschaft begründet wird. Diese These von der Fremdbestimmung der schottischen Nation ignoriert, dass die Schotten gleichberechtigt mit anderen Regionen Abgeordnete zum britischen Unterhaus wählen. Diese befinden sich entsprechend dem schottischen Bevölkerungsanteil stets in einer Minderheitenposition. Dies als Unterdrückung der schottischen Interessen zu interpretieren, lässt sich durchaus als Weigerung bewerten, die Mehrheitsverhältnisse in demokratisch legitimierten Institutionen zu akzeptieren.

Interessant sind auch die *wirtschaftlichen Argumente*, die die schottischen Nationalisten vorbringen. Sie versprechen sich von einer Unabhängigkeit finanzielle Vorteile, die daraus resultieren würden, dass sie die Einnahmen aus den Erdölreserven der Nordsee zukünftig nicht mehr mit anderen Regionen des Landes teilen müssten. Schon Mitte der neunziger Jahre stellte die SNP die suggestive Frage: »Wollt ihr lieber reiche Schotten sein oder arme Briten?«<sup>15</sup> Die britische Zentralregierung hält dem entgegen, dass sie die rückständigen Regionen in Schottland über Jahrzehnte hinweg finanziell unterstützt hat. Bis heute sind die Staatsausgaben pro Kopf der Bevölkerung in Schottland am höchsten.

<sup>14</sup> Scottish National Party, *Why Independence?*, Edinburgh, Mai 2005, <[www.snp.org/independence/why/](http://www.snp.org/independence/why/)>.

<sup>15</sup> Charles E. Ritterband, »Schottlands Nationalisten setzen auf Europa«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 9.2.1995.

## 2. Plaid Cymru – The Party of Wales – Großbritannien

Diese Partei der walisischen Nationalisten ist geringfügig älter als die SNP. Sie wurde schon im Jahre 1925 gegründet und spielte zunächst ebenfalls keine politische Rolle. Der Aufstieg der *Plaid Cymru* (PC) begann, vergleichbar mit der schottische Regionalpartei, erst in den sechziger Jahren. 1966 zog ihr erster Vertreter ins britische Unterhaus ein. Mitte der siebziger Jahre bezog die regierende Labour Party Wales in ihre Regionalisierungspläne mit ein, so dass auch dort am 1. März 1979 ein Referendum über die Einführung einer National Assembly abgehalten wurde. Während die Abstimmung in Schottland letztlich an der geringen Wahlbeteiligung scheiterte, entschieden sich in Wales nur 11,9 Prozent der Wahlberechtigten für ein eigenes Regionalparlament.<sup>16</sup>

Diese Haltung der 2,9 Millionen Waliser sollte sich in den neunziger Jahren ändern. 1994 erzielten die walisischen Nationalisten mit 17,1 Prozent ihren bis dahin größten Erfolg bei Wahlen zum britischen Unterhaus. Dank ihrer Kampagnen stieg der Anteil der Befürworter einer walisischen Autonomie allmählich an. Dennoch fiel das zweite Referendum am 18. September 1997 recht knapp aus: Bei einer Wahlbeteiligung von 50,1 Prozent stimmten 50,3 Prozent der Waliser mit Ja. Damit galt auch dieses neue Autonomiestatut als angenommen. Zwei Jahre später wurde in Cardiff die National Assembly for Wales ins Leben gerufen. Die 60 Mitglieder besitzen jedoch im Gegensatz zum Schottischen Parlament nur eine eingeschränkte Gesetzgebungskompetenz, die sich im Wesentlichen auf die Bereiche der Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik erstreckt.<sup>17</sup>

Wie in Schottland wurde auch in Wales die Labour-Party zur führenden Kraft im Regionalparlament, während die Nationalisten zur größten Oppositionspartei aufstiegen. *Plaid Cymru* gewann 1999 auf Anhieb 30 Prozent und löste die Konservativen und Liberalen als wichtigste Gegenspieler Labours ab. Im britischen Unterhaus stellen sich die Verhältnisse dagegen anders dar: Bei den letzten Wahlen im Mai 2005 erreichten die walisischen Nationalisten landesweit nur 0,65 Prozent der Stimmen bzw. 3 Mandate.<sup>18</sup> Um aus dieser politischen Außenseiterposition herauszukommen, gingen sie schon im Jahre 2001 ein Zweckbündnis mit der SNP ein. Beide Parteien begründeten diesen Schritt mit der guten Zusammenarbeit auf europäischer Ebene im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der EFA. Im Europaparlament ist die *Plaid Cymru* mit einem Abgeordneten vertreten, nachdem sie bei den letzten Europawahlen 2004 dank einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung auf nationaler Ebene 1 Prozent der Stimmen verbuchen konnte.

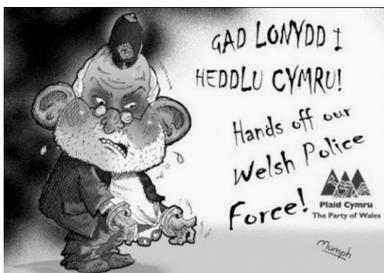
Anfang 2000 ließ *Plaid Cymru* eine wichtige Kernforderung fallen und distanzierte sich vom Ziel einer walisischen *Unabhängigkeit*. Doch im Nach-

<sup>16</sup> Vgl. »Wahlen in Schottland und Wales«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.5.1999.

<sup>17</sup> Walisische Nationalversammlung, *Ihr Führer zur Versammlung*, Cardiff, Juli 2003, <[www.wales.gov.uk/pub/infaboutassembly/pdfs/german.pdf](http://www.wales.gov.uk/pub/infaboutassembly/pdfs/german.pdf)>.

<sup>18</sup> Adam Mellows-Facer/Ross Young/Richard Cracknell, *General Election 2005*, House of Commons Library Research Paper 05/33, 17.5.2005, <[www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2005/rp05-033.pdf](http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2005/rp05-033.pdf)>.

hinein muss dieser Schritt als rein taktischer Art gewertet werden, um das Autonomieprojekt nicht zu gefährden. Denn nun, da sich die britische Öffentlichkeit an die Selbstverwaltung der Regionen gewöhnt hat, kehren die walisischen Nationalisten zu ihrer ursprünglichen Maximalforderung zurück und propagieren die staatliche Unabhängigkeit Wales' vom Vereinigten Königreich. In ihrem »Manifesto for the European Parliament Elections 2004« heißt es unter dem Stichwort »unsere Vision«: »Ein unabhängiges Wales, das eine fortschrittliche und entscheidende Rolle in Europa übernimmt.«<sup>19</sup> In Übereinstimmung mit dem Programm der EFA fordert *Plaid Cymru* die Anerkennung der »staatenlosen Nationen« in Europa und deren gleichberechtigte parlamentarische Repräsentation. Nach Ansicht der walisischen Nationalisten vertreten in Straßburg nur zwei der fünf walisischen Abgeordneten die Interessen der Region, »der Rest repräsentiert Parteien und Interessen des Vereinigten Königreichs.«<sup>20</sup>



Wahlkampagne von Plaid Cymru, 2005, <[www.plaidcymru.org/](http://www.plaidcymru.org/)>

Diese Argumentation setzt einen Interessengegensatz zwischen britischen Regionen voraus, dem wiederum ein Antagonismus zwischen verschiedenen Nationen zugrunde liege. Dies ist aber nur dann plausibel, wenn ausschließlich das Modell der *Kulturnation* herangezogen wird. Und genau dafür arbeitet *Plaid Cymru*. Die Partei hat großen Anteil daran, dass das Walisische in den letzten Jahren als Regionalsprache ein entscheidender Identitätsfaktor geworden. Im Gegensatz zum Scots, das mit dem Englischen verwandt ist, gehört das Walisische oder Kymrische zur keltischen Sprachgruppe. Es ist somit sozusagen der lebende Hinweis darauf, dass es vor der Einwanderung der Angelsachsen keltische Ureinwohner gegeben hat. Die Bewahrung dieses kulturellen Erbes ist allgemein ein wichtiges Anliegen, doch wird es im Kampf um den Ausbau der Autonomie allmählich zum Spielball der Politik. Die Tatsache, dass nur eine halbe Million oder rund 20 Prozent der Einwohner von Wales dieser Sprache mächtig ist, hat unter den walisischen Nationalisten Sprachpolitiker auf den Plan gerufen, die an dieser sozialen Wirklichkeit etwas ändern wollen. Hinter dem von *Plaid Cymru* lancierten »walisischen Sprachmodell« steht nichts anderes als die Absicht, »durch eine Wiederbelebung des Walisischen eine zweisprachige Gesellschaft zu schaffen.«<sup>21</sup>

Ein solches Programm will nicht nur auf das Identitätsbewusstsein der Bevölkerung direkten Einfluss nehmen. Wie auf der Landkarte des »Manifesto 2004« der *Plaid Cymru* zu sehen ist, hätte seine Realisierung auch Konsequenzen für die politische Geographie der Europäischen Union. Auf der Karte erscheinen die keltischsprachigen Regionen Wales und Cornwall, aber auch die französische Bretagne als selbständige Staaten. So überrascht es nicht, dass sich die Nationalisten der *Mebyon Kernow – The Party for Cornwall* ermutigt fühlen, ebenfalls die Anerkennung ihrer Nation mit Kulturautonomie zu fordern.

<sup>19</sup> Plaid Cymru – The Party of Wales, *Manifesto for the European Parliament Elections 2004*, S. 3, <[www.plaidcymru.org/plaid\\_european\\_manifesto.pdf](http://www.plaidcymru.org/plaid_european_manifesto.pdf)>.

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Dies., *Aims And A Brief Party History*, <[www.plaidcymru.org/plaid\\_history.html](http://www.plaidcymru.org/plaid_history.html)>.

### 3. Partit Occitan (PÒC) – Frankreich

Noch heute gilt Frankreich als das klassische Beispiel eines Zentralstaats, dessen Regionen kaum substanzielle Mitspracherechte genießen. Dieses Bild muss korrigiert werden, denn der europaweite *Regionalisierungsprozess* ist auch an diesem Land nicht vorbeigegangen. Schon in den siebziger Jahren forderten Regionalbewegungen eine Reform des althergebrachten Verwaltungssystems mit seinen 100 Departements und eine Stärkung der regionalen Selbstverwaltung. Ähnlich wie in Großbritannien ergriffen in Frankreich nicht die Konservativen, sondern die Sozialisten die Initiative. Unter Präsident François Mitterrand trat am 2. März 1982 ein Gesetz zu den »Rechten und Befugnissen der Gemeinden« in Kraft, das ein System der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung einführt. Auch wenn die Körperschaften der neu geschaffenen 26 Regionen keine Gesetzgebungskompetenzen erhielten, so wurde doch in vielen Bereichen die staatliche Kontrolle abgeschafft und das Subsidiaritätsprinzip eingeführt: Die Regionen entschieden fortan zum Beispiel eigenständig über Wirtschaftsförderung, Raumplanung, Berufs- und Schulbildung, Förderung von Forschung und Wissenschaft sowie über Fragen in Sachen Tourismus, Umweltschutz und Erhaltung der regionalen Kultur.<sup>22</sup>

Obwohl der Regionalisierungsprozess noch weitere Veränderungen mit sich brachte, wie zum Beispiel das Gesetz vom 27. Februar 2002, das den Regionen weitere Kompetenzen überließ, sind die französischen Regionalisten nicht zufrieden. Sie kritisieren Frankreichs Modell der politischen Nation und bieten ihr *kulturalistisches Nationsmodell* als Alternative an. Unter Verweis auf die in Frankreich gesprochenen Regional- und Minderheitensprachen sehen sie die französische Bevölkerung aus verschiedenen Nationen zusammengesetzt, unter anderem aus Bretonen, Elsässern, Flamen, Katalanen, Korsen, Basken und Okzitanern. 1995 schlossen sich die Regionalisten zur *Fédération Régions et Peuples Solidaires* (R&PS) zusammen, um gemeinsam gegen den »Pariser Zentralismus« zu kämpfen. In ihrer Charta fordern sie mehr Demokratie, mehr Autonomie und die Einführung eines föderalen Systems.<sup>23</sup> In Wirklichkeit verfolgen sie das Ziel, die gegenwärtigen administrativen Grenzen zu revidieren und die historischen Regionen Frankreichs zu rekonstruieren.

Sechs der zehn Mitgliedsorganisationen der Fédération gehören der EFA an. Es sind dies die *Union Démocratique Bretonne* (UDB), *Union du Peuple Alsacien*, *Mouvement Région Savoie*, *Eusko Alkartasuna* (EA), *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC) und der *Partit Occitan* (PÒC). Insbesondere die drei letztgenannten Parteien sehen sich auch grenzüberschreitend als Interessensvertreter ihrer jeweiligen »staatenlosen Nation«. Während das Haupt-

<sup>22</sup> Andreas Hinsch, *Neugliederung des Bundesgebiets und europäische Regionalisierung*, Frankfurt a.M. 2002, S. 155; Robert Delbo, *La décentralisation depuis 1945*, Paris 2005; vgl. Ausschuss der Regionen, *Der Dezentralisierungsprozess in Frankreich*, September 2003, <[http://www.cor.eu.int/document/documents/france\\_de.pdf](http://www.cor.eu.int/document/documents/france_de.pdf)>.

<sup>23</sup> Fédération Régions et Peuples Solidaires (R&PS), *La charte R&PS*, <[www.r-p-s.info/rpscharte.htm](http://www.r-p-s.info/rpscharte.htm)>.

wirkungsfeld der baskischen und katalanischen Nationalisten in Spanien liegt (vgl. Unterkapitel 4 und 5), versteht sich der PÒC als Partei der 13 Millionen Okzitanier Frankreichs. Er fordert, dass die insgesamt 9 Regionen bzw. 32 Departements Südfrankreichs, in denen hauptsächlich Okzitanier leben, zu einer Region »Occitània« vereinigt werden, die über weitreichende Autonomierechte verfügen soll. Zu dieser Großregion gehören sollen außerdem die okzitanischsprachigen Gebiete Italiens und Spaniens, nämlich Piemont und Ligurien sowie das Aran-Tal. In ihrem Parteiprogramm verlangt der PÒC »die Anerkennung der okzitanischen Gemeinschaft durch Frankreich, Spanien, Italien und die Europäische Union« sowie die Einrichtung einer Nationalversammlung mit eigenen Gesetzgebungskompetenzen.<sup>24</sup> Auch wenn der PÒC nicht ausdrücklich von einer nationalen Unabhängigkeit seines fiktiven Okzitanien spricht, so erhebt er wie die walisischen und schottischen Nationalisten Anspruch auf eine Vertretung in den verschiedenen EU-Institutionen.

Im Gegensatz zu den britischen Regionalparteien, ist der Partit Occitan eine junge Organisation. Er entstand bei Gelegenheit der ersten französischen Regionalwahlen im Jahre 1986. Die Partei ging Bündnisse mit den Grünen ein, was ihr zum Beispiel in den Regionen Languedoc-Roussillon und Limousin den Einzug in den Conseil Régional ermöglichte. Landesweit spielt der PÒC keine politische Rolle. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Juni 2002 gewann er nur einen Abgeordnetensitz.

Ein entscheidendes politisches Instrument der okzitanischen Nationalisten ist die okzitanische Sprache. Deren Pflege und Verbreitung soll die Bevölkerung Südfrankreichs kulturell in Differenz zum Standardfranzösischen und politisch in Distanz zu Paris zu bringen. Die Vertreter des Partit Occitan beklagen, dass ihre Regionalsprache nicht im öffentlichen Schulsystem erlernt werden kann. Sie verweisen auf die Zeit vor der Französischen Revolution, als es noch kein staatliches Bildungssystem gab. Auf der Ebene der Schriftsprache waren damals verschiedene Sprachen im Gebrauch, unter anderem die im Süden Frankreichs verbreitete »langue d'oc« und die »langue d'oïl«, die vom französischen Königshof gepflegt und zur offiziellen Amtssprache erhoben wurde.

Die seit dem 19. Jahrhundert zu beobachtenden Wiederbelebungsversuche des Okzitanischen bezeugen wie im Falle des Walisischen das Bemühen, vergessene Traditionen in Erinnerung zu rufen. Auf politischer Ebene wird mit der Sprachpflege jedoch dann Missbrauch betrieben, wenn mit dem Verweis auf die Ausdehnung okzitanischer Dialekte die Forderung nach einer Veränderung politischer Verwaltungsstrukturen gerechtfertigt und Staatsgrenzen in Frage gestellt werden. Solche Begehrlichkeiten lassen die Tatsache außer Acht, dass die Zahl der Muttersprachler nach Angaben der Volkszählung von 1999 auf etwa 600 000 oder 5 Prozent der Bevölkerung »Okzitanien« begrenzt ist und schätzungsweise nur 10 bis 15 Prozent die Regionalsprache überhaupt verstehen.



Das Okzitanien des Partit Occitan,  
<<http://partitoccitan.free.fr/illeng.htm>>

<sup>24</sup> Partit Occitan (PÒC), *Notre programme autonomiste pour l'Occitanie*, <<http://partitoccitan.free.fr/progfr.htm>>.

#### 4. Partido Nacionalista Vasco (PNV) – Spanien

Im Gegensatz zur französischen POC, die nach staatlicher Unabhängigkeit strebt, dieses Ziel jedoch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht öffentlich ausspricht, halten sich die Regionalparteien vor allem im Norden Spaniens mit vergleichbaren Forderungen nicht mehr zurück. In diesem Kapitel soll nicht die *Herri Batasuna*, der 2003 verbotene politische Arm der baskischen Terrororganisation ETA, im Mittelpunkt stehen, auch nicht der *Partido Comunista de las Tierras Vascas* (PCTV, baskisch EHAK), zu deren Wahl die ETA-Anhänger im April 2005 aufgerufen haben. Vielmehr soll im Folgenden die *Partido Nacionalista Vasco* (PNV) vorgestellt werden (baskisch *Eusko Alderdi Jeltzalea* – EAJ), denn die 1895 gegründete Partei ist sie die älteste und zugleich politisch erfolgreichste des Baskenlands. Bei den letzten Regionalwahlen am 17. April 2005 wurde die PNV zum wiederholten Male stärkste Kraft und erreichte im Wahlbündnis mit der sozialdemokratischen *Eusko Alkartasuna* (EA) (spanisch *Solidaridad Vasca*, »Baskische Solidarität«), 38,6 Prozent der Stimmen und damit 29 von 75 Sitzen im baskischen Parlament.

Es ist interessant, ein Licht auf diese beiden langjährigen Regierungsparteien zu werfen. Nachdem sich die EA im Jahre 1986 von ihrer Mutterpartei PNV abgespalten hatte, arbeiteten beide im Baskenland weiterhin eng zusammen, auf europäischer Ebene haben sich ihre Wege jedoch getrennt: Die EA ist mit der *Republikanischen Linken Kataloniens* (ERC, siehe nächstes Kapitel) das Bündnis *Europa de los Pueblos* eingegangen und hat sich mit ihrem Abgeordneten der Fraktion *Grüne/EFA* angeschlossen. Dagegen entschied sich die PNV, bei den Wahlen zum Europaparlament mit den katalanischen Konservativen, der *Convergència i Unió* (CiU), und dem galizischen *Bloque Nacionalista Galego* (BNG) zusammenzugehen. Ihr Parteienbündnis *GalEusCa* gewann im Juni 2004 insgesamt zwei Abgeordnetensitze und schloss sich der *Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa* (ALDE) an. Diese Kooperation mit den Liberalen erstreckt sich auch auf den Ausschuss der Regionen, in dem der PNV-Vorsitzende Juan José Ibarretxe, zugleich Ministerpräsident des Baskenlands, seine Partei vertritt.

Im Gegensatz zur ETA lehnen die PNV und ihr Bündnispartner EA den Einsatz von Gewalt konsequent ab; in ihren Zielen unterscheiden sie sich aber kaum. Auch die PNV und die EA bestehen auf einem schrittweisen Ausbau der baskischen Autonomie bis hin zur Eigenstaatlichkeit. Schon im Jahre 2002 hat die PNV vom spanischen Parlament eine »Ko-Souveränität« ihrer autonomen Region Euskadi (spanisch *País Vasco*) gefordert.<sup>25</sup> Im Vorfeld der jüngsten spanischen Regionalwahlen schließlich wurden PNV und EA als Regierungsparteien des Baskenlands noch deutlicher: Ministerpräsident Juan José Ibarretxe ließ nämlich das baskische Parlament am 30. Dezember 2004 über ein neues Autonomiestatut abstimmen, ohne zuvor mit Madrid verhandelt zu haben. Eine knappe Mehrheit der baski-

<sup>25</sup> Partido Nacionalista Vasco, *Vers une co-souveraineté de la communauté autonome basque avec l'Espagne* Parlement basque, Vitoria, 27.9.2002, vgl. <[www.eaj-pnb.com/index.php?%20node=29&lang=fr](http://www.eaj-pnb.com/index.php?%20node=29&lang=fr)>.

schen Abgeordneten erhielt auf diese Weise Gelegenheit, ihre Unzufriedenheit mit dem 1979 ausgehandelten Autonomiestatut von Gernika zu zum Ausdruck zu bringen: Diese richtet sich vor allem darauf, dass in dem Text noch von der baskischen »Nationalität« (spanisch *nacionalidad*) die Rede ist, die ihre Selbstverwaltung innerhalb der Grenzen Spaniens verwirklichen wolle.<sup>26</sup> In dem neuen »Politischen Statut der Gemeinschaft des Baskenlands« vom Dezember 2004 wird nun von der »baskischen Nation« und ihrem Recht auf Selbstbestimmung gesprochen. Die baskische Nation werde sich dem spanischen Staat zukünftig in einer freien Assoziation zugehörig fühlen und »im Rahmen der freien Solidarität mit den den spanischen Staat bildenden Völkern« zusammenleben.<sup>27</sup>



Das vergrößerte Baskenland der PNV und EA in Herzform, <[www.euskoalkartasuna.org/doks/alkartasuna/alkartasuna27.pdf](http://www.euskoalkartasuna.org/doks/alkartasuna/alkartasuna27.pdf)>

Das neue Statut des Baskenlands ersetzt also den Begriff der spanischen Nation als politisches Dach für die Sprachgemeinschaften oder Nationalitäten durch den der *Kulturnationen* im Plural. Diese ethnisch-nationale Aufwertung der baskischen Nationalität zur Nation hat Folgen für die von der autonomen Provinz beanspruchte territoriale Geltung des Beschlusses. So gesteht das neue Autonomiestatut der baskischsprachigen Bevölkerung in der autonomen spanischen Region Navarra und in Südfrankreich das Recht zu, sich dem Baskenland anzuschließen. Diesem Ziel dient auch die angestrebte Vertretung des Baskenlands in EU-Institutionen. Dazu heißt es in Artikel 66, Absatz 2: »Die Gemeinschaft des Baskenlandes fördert die Schaffung einer Euroregion im Bereich der Europäischen Union, die alle Euskal Herria bildenden historischen Territorien umfassen muss.«<sup>28</sup> Damit wird die grenzüberschreitende Euroregion, ursprünglich zur Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen gedacht, zum Übergangsstadium einer nationalen Vereinigungsstrategie.

Diese Expansionspläne finden sich auch in den Parteiprogrammen der beiden baskischen Regierungsparteien PNV und EA wieder. Sie enthalten Landkarten, auf denen die baskischsprachigen Nachbarregionen bereits in ein größeres, herzförmiges Baskenland miteinbezogen sind. Die Forderung der baskischen Regionalparteien nach Anerkennung des Baskischen als zweite Amtssprache zum Beispiel im französischen Departement Pyrénées-Atlantiques wird in Frankreich nicht ohne Grund mit Vorbehalten betrachtet. Schließlich geht es nicht nur um die Anerkennung einer baskischen Kulturnation. Die Mitarbeit der PNV wie auch der EA in der *Fédération Régions et Peuples Solidaires* (R&PS), einem Bündnis der französischen Regionalparteien, dient ausdrücklich dem Ziel, neben der Anerkennung der Basken auch die der Korsen, Bretonen und Elsässer als »europäische

<sup>26</sup> *The Statute of Autonomy of the Basque Country*, 18.12.1979, <[www.nuevoestatutodeeuskadi.net/docs/state\\_of\\_autonomy.pdf](http://www.nuevoestatutodeeuskadi.net/docs/state_of_autonomy.pdf)>. In Artikel 1 ist die Rede von der »Autonomous Community within the Spanish State«.

<sup>27</sup> Eusko Legebiltzarra [Baskisches Parlament], *Politisches Statut der Gemeinschaft des Baskenlandes*, 20.12.2004, S. 5; <[www.nuevoestatutodeeuskadi.net/docs/dictamencomision20122004\\_al.pdf](http://www.nuevoestatutodeeuskadi.net/docs/dictamencomision20122004_al.pdf)>.

<sup>28</sup> Ebd., S. 52.

Nationen« durchzusetzen.<sup>29</sup> Wie die bisherige Sprachpolitik im Baskenland zeigt, wird die Sprache allerdings auch in dieser autonomen Region politisch instrumentalisiert: Von den rund 2,1 Millionen Einwohnern beherrscht nur ein Drittel das Baskische als Muttersprache, ein Drittel versteht sie überhaupt nicht. Wegen ihrer großen Bedeutung für die nationale Identitätsbildung wird sie von den baskischen Nationalisten jedoch zur »ursprünglichen Sprache der Basken« stilisiert und in der Schule als Pflichtfach gelehrt.

## 5. Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) – Spanien

Die »Republikanische Linke Kataloniens« ist ein einflussreiches Mitglied der *European Free Alliance* (EFA). Sie konnte 2004 als Teil des Parteienbündnisses *Europa de los Pueblos* zusammen mit der baskischen *Eusko Alkartasuna* ins Europäische Parlament einziehen, wo sie allerdings nur mit einem Abgeordneten vertreten ist. Die Zusammenarbeit der beiden Parteien geht auf die Anfänge der spanischen Demokratie nach dem Tod Francos im Jahre 1975 zurück, als die »historischen Nationalitäten« Spaniens, die Basken, Katalanen und Galizier, die Gunst des politischen Umbruchs nutzten, um an ihre Autonomiestatuten der Vorkriegszeit anzuknüpfen. So hatten die auf Autonomie bedachten Regionen ihre Regionalverfassungen schon ausgearbeitet, bevor die spanische Verfassung im Jahre 1978 verabschiedet wurde. Diese Eile rief bei der spanischen Zentralregierung Argwohn hervor, weshalb der Autonomieprozess hernach ins Stocken geriet und die übrigen 14 spanischen Regionen nicht die gleichen Autonomierechte durchsetzen konnten.<sup>30</sup>

Innerhalb Kataloniens stieg die *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC) zur drittstärksten Partei auf. Während sie im spanischen Abgeordnetenhaus nur mit 8 Sitzen vertreten ist, konnte sie 2003 insgesamt 23 von 135 Sitzen des katalanischen Regionalparlaments gewinnen und mit den Grünen und den Sozialisten die katalanischen Konservativen, die *Convergència i Unió* (CiU), als Regierungspartei ablösen. Die neue Koalition überraschte die Öffentlichkeit mit ihrer Forderung nach einer Neuverhandlung des Autonomiestatuts, die wesentlich entschiedener in Richtung staatlicher Unabhängigkeit zielt als die ihrer konservativen Vorgänger: Am 30. September 2005 nahm eine Mehrheit des katalanischen Parlaments einen Textentwurf für ein neues Statut an, in dem sich die Katalanen nach baskischem Vorbild von einer Nationalität zur »katalanischen Nation« aufwerten und darüber hinaus weitere Selbstbestimmungsrechte beanspruchen, genauer gesagt,



Die autonomen spanischen Regionen seit 1979

<sup>29</sup> Eusko Alderdi Jeltzalea/Partido Nacionalista Vasco (EAJ/PNV), *Partenariat Régions et Peuples Solidaires*, <[www.eaj-pnb.com/index.php?node=5&lang=fr](http://www.eaj-pnb.com/index.php?node=5&lang=fr)>.

<sup>30</sup> Ulrich Michel, *Regionen, Mitgliedstaaten und Europäische Union. Die Integration der Autonomen Gemeinschaften Spaniens unter vergleichender Heranziehung des deutschen Bundesstaates*, Berlin u.a. 1996, S. 65.

eine Erweiterung der Steuerhoheit und der Gesetzgebungskompetenzen sowie eine eigene Staatsbürgerschaft.<sup>31</sup>

Es ist interessant, dass der spanische Regierungschef Rodríguez Zapatero nicht mit den Urhebern des neuen Autonomiestatuts verhandelte – das wären die Mitglieder der katalanischen Regierung und damit seine eigenen Parteigenossen gewesen; den entscheidenden Kompromiss erarbeitete er mit dem Vorsitzenden der konservativen CiU, Artur Mas: Die Region wird in Zukunft mehr Gelder und Kompetenzen erhalten, sie muss dafür aber auf den Nationsstatus verzichten. Anders als die CiU erwies sich die ERC in den Verhandlungen als eine Kraft, die unbeirrt am »Endziel der Unabhängigkeit« festhält.<sup>32</sup> Bedenken juristischer Sachverständiger, die auf die Verfassungswidrigkeit des neuen Statuts hinweisen, werden von der Partei nicht zur Kenntnis genommen. Die Juristen stoßen sich an dem Begriff »katalanische Nation«, weil die Verfassung des Gesamtstaats mit dem Begriff »Nation« Spanien als eine unauflösbare Einheit umschreibt. Er sei somit reserviert und nicht auf die spanischen Regionen und deren Völker übertragbar.<sup>33</sup> Dieses Argument überzeugt die ERC nicht. Sie will das politische Nationsmodell Spaniens durch das der Kulturnation ersetzen, das sich an historischen, sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten orientiert. In ihrem »ERC's Statement of Ideology (Declaració Ideològica d'ERC)« heißt es: »Das Ziel eines unabhängigen Staates bedeutet, das Land in allen Bereichen zusammenzufügen und Katalonien in die Lage zu versetzen, seine Beziehungen zu anderen Gesellschaften allein zu gestalten.«<sup>34</sup>



(Groß-)Katalonien nach den Vorstellungen der ERC, das heißt einschließlich Valencias und der Balearen, <[http://www.esquerra.org/web\\_nova/php\\_admin/inici.php?seccio=Webs%20territorials](http://www.esquerra.org/web_nova/php_admin/inici.php?seccio=Webs%20territorials)>

Wie ihre baskischen Gesinnungsgenossen verfolgen auch die katalanischen Nationalisten mit ihrer Sprachpolitik verschiedene Ziele: Anfangs sollte das Autonomiestatut dazu dienen, die Zweisprachigkeit in der katalanischen Gesellschaft zu fördern und »català« als gleichberechtigte Regionalsprache zu etablieren. Obwohl die Mehrheit der 6,8 Millionen Katalanen die offizielle Landessprache, das Spanische, immer noch besser beherrscht, wurde diese aus dem öffentlichen Leben Kataloniens schrittweise zurückgedrängt, teilweise auch mit gesetzlichen Maßnahmen wie der folgenden: »Die Bevölkerung ist gehalten, Anzeigen beim Konsumentenschutz oder bei den sogenannten Sprachgarantiebüros zu erstatten gegen Geschäfte und Betriebe, die der im Sprachpolitik-Gesetz verankerten Pflicht zum Anschreiben auf Katalanisch nicht nachkommen.«<sup>35</sup>

Eine solche rigide Sprachpolitik hat zum Zweck, sowohl das Sprach- und Identitätsbewusstsein der Bevölkerung und damit die soziale Wirklichkeit

<sup>31</sup> Vgl. Parlament de Catalunya, *Proposal for Reform of the Statute of Autonomy of Catalonia*, 30.9.2005, S. 1, <[www.gencat.net/nouestatut/docs/estatut\\_english.pdf](http://www.gencat.net/nouestatut/docs/estatut_english.pdf)>.

<sup>32</sup> Leo Wieland, »Eine katalanische Nation? ›Verführer‹ Maragall: Das neue Autonomiestatut vor den spanischen Cortes«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.11.2005, S. 10.

<sup>33</sup> »Madriдер Hürde für Kataloniens Statusreform. Eintretensdebatte im spanischen Abgeordnetenhaus«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 3.11.2005.

<sup>34</sup> *Summary of the ERC's Statement of Ideology (Resum de la Declaració Ideològica d'ERC)*, September 2005, <[www.esquerra.org/web\\_nova/arxius/DIangles.pdf](http://www.esquerra.org/web_nova/arxius/DIangles.pdf)>.

<sup>35</sup> »Sportpolitik, Sprachpolizei und Cava-Boycott: Auswüchse des katalanischen Drangs zur Autonomie«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.12.2005, S. 3.

als auch die politischen Grenzen zu verändern. Denn die Sprache dient auch hier zur Rechtfertigung des Anspruchs, alle katalanischsprachigen Gebiete zu vereinigen. So wird im «ERC's Statement of Ideology» Katalonien als «Katalanische Länder» definiert, zu denen auch die Autonome Gemeinschaft Valencia und die Balearen gehörten. Diesen Besitzanspruch dokumentieren nicht nur Landkarten, sondern auch katalanische Sprachwissenschaftler, indem sie der valencianischen Regionalsprache ihre Eigenständigkeit mit dem Argument streitig machen, sie sei ein katalanischer Dialekt.

Die Europäische Kommission ist bemüht, sich aus diesem Sprachenstreit herauszuhalten. Gleichwohl ist sie Mitte 2005 dem Drängen der Katalanen auf Anerkennung des Katalanischen als europäische Amtssprache entgegengekommen. So hat die Kommission mit der spanischen Regierung eine Vereinbarung getroffen, wonach demnächst bestimmte EU-Rechtsakte »auf Katalanisch/Valenciano, Baskisch und Galicisch erscheinen«.<sup>36</sup> Valencia wehrt sich jedoch gegen die Vereinnahmung durch den katalanischen Nationalismus und verlangt seinerseits die Anerkennung seiner eigenen Regionalsprache.<sup>37</sup>

## 6. Die Südtiroler Volkspartei (SVP) – Italien

Seit ihrer Gründung ist die *Südtiroler Volkspartei (SVP)* unangefochten die stärkste Partei dieser Region. Daran hat auch die Abspaltung der *Union für Südtirol (UfS)* im Jahre 1988 nichts geändert. Bei den letzten Wahlen zum Südtiroler Landtag im Jahre 2003 gewann die SVP 55,6 Prozent der Stimmen bzw. 21 von insgesamt 35 Mandaten, während alle anderen Oppositionsparteien unter 10 Prozent blieben. Zu Letzteren zählen unter anderem die *Alleanza Nazionale* und die *Grünen Südtirols* mit je 3 Sitzen, die genannte UfS sowie die *Freiheitlichen* mit je 2 Abgeordneten. Das Autonomiestatut mit dem italienischen Staat gesteht dem Landtag der Provinz Bozen-Südtirol eine eigene Gesetzgebungskompetenz zu und gestattet ihm die Wahl einer Landesregierung mit einer Landeshauptfrau bzw. eines Landeshauptmannes an der Spitze.<sup>38</sup> Schließlich ist die SVP auch mit einem Abgeordneten im Europaparlament vertreten, wo sie sich der *Europäischen Volkspartei (EVP)* angeschlossen hat.

Die Autonomierechte für die rund 450 000 Einwohner Südtirols gehen auf die Neuordnung des politischen Systems Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Als Folge der neuen Verfassung und des Friedensvertrags mit Österreich erhielten im Jahre 1948 vier Regionen eine Autonomie, darunter die Region *Trentino-Südtirol* (italienisch *Trentino-Alto Adige*). Wie die Zusammenlegung Südtirols mit Trentino zu einer gemeinsamen Region deutlich macht, ging es dem damaligen italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi nicht allein um die Selbstverwaltungsrechte der

<sup>36</sup> Vgl. <europa.eu.int/languages/de/document/59#6>.

<sup>37</sup> »Bad Echoes from the Past. An Errant General Tests the Prime minister's Talent for Compromise«, in: *The Economist*, 12.1.2006.

<sup>38</sup> *Der Südtiroler Landtag*, S. 2, <www.landtag-bz.org/downloads/Consiglio\_D.pdf>.



Die autonome Region Trentino-Südtirol mit den Provinzen Trient und Bozen-Südtirol

deutschsprachigen Bevölkerung, so wie es die österreichische Regierung gefordert hatte; als gebürtiger Trentiner wollte er für Norditalien gemeinsame politische Strukturen schaffen, um die italienische, ladinische und deutsche Sprachgruppe im Geiste des europäischen Einigungsgedankens zu integrieren.<sup>39</sup> Doch gaben sich viele Südtiroler mit dieser Lösung nicht zufrieden. Sie strebten stattdessen nach einem »geregelten ethnischen Nebeneinander bei politisch notwendigem Miteinander«.<sup>40</sup> Der Erhalt der jeweiligen ethnisch verstandenen »Nationalkulturen« stand im Vordergrund und nicht die Schaffung einer sprachübergreifenden gemeinsamen Regionalkultur.<sup>41</sup>

Der jahrzehntelange Kampf der deutschsprachigen Südtiroler um eine Verbesserung des Autonomiestatuts war spätestens am 20. Januar 1972 erfolgreich beendet, als in einem »Südtirol-Paket« Autonomierechte der Region Trentino-Südtirol auf die beiden Provinzen Trient und Bozen-Südtirol übertragen wurden. Mit der Ausweitung der Selbstverwaltung hofften die Architekten dieses Abkommens, die reale Gefahr terroristischer Anschläge eindämmen zu können. Südtirol profitierte schließlich auch von der Dezentralisierung Italiens, die Ende der sechziger Jahre einsetzte. Neben den schon bestehenden fünf Regionen mit Sonderstatus entstanden 15 weitere Regionen mit Normalstatus. Die Gesetze aus den Jahren 1990, 1999 und 2001 räumten den Regional- und Kommunalverwaltungen zusätzliche Kompetenzen ein.<sup>42</sup>

Heute gilt das Modell Südtirol als ein geglücktes Beispiel für die Lösung eines Jahrzehnte schwelenden ethnischen Konflikts. Das Rezept besteht aus einem ausgeklügelten Proporzsystem, das die Angehörigen der deutschen, ladinischen und italienischen Sprachgruppe bei der Vergabe öffentlicher Stellen gemäß ihrem Bevölkerungsanteil berücksichtigt. Entscheidende Grundlage hierfür ist die Zugehörigkeit zu einer der drei Sprachgruppen, die jeder Bürger alle zehn Jahre in einer »Sprachgruppenerklärung« bestimmen kann. In der Praxis hat diese Regelung allerdings eine sprachlich segregierte Gesellschaft hervorgebracht: »Das Zusammenleben der Sprachgruppen in Südtirol ist mehr ein Neben- als ein Miteinander. Schulen, Kindergärten und Sportvereine sind getrennt.«<sup>43</sup>

Gerade jene Vertreter der deutschsprachigen Bevölkerung, denen das Nebeneinander stets wichtiger war als eine gesamtgesellschaftliche Integration, blieben mit der erreichten Selbstverwaltung stets unzufrieden. Schon im Jahre 1997 erwog die regierende SVP, die italienischen Orts-

<sup>39</sup> Rudolf Lill, »Unser Vaterland Europa«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.8.2004, S. 6.

<sup>40</sup> »Der Vater einer vorbildlichen Konfliktlösung. Zum 90. Geburtstag von Silvius Magnago«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.2.2004, S. 4.

<sup>41</sup> Günther Pallaver, *Die Südtiroler Volkspartei. Erfolgreiches Modell einer ethnoregionalen Partei: Trends und Perspektiven. Paper präsentiert beim 11. österreichischen Volksgruppenkongress Klagenfurt 21.-23. September 2000, Klagenfurt, 22.9.2000*, <[www.gfbv.it/3dossier/svpklagenfurt.zip](http://www.gfbv.it/3dossier/svpklagenfurt.zip)>.

<sup>42</sup> Alexander Grasse, *Italiens langer Weg in den Regionalstaat. Die Entstehung einer Staatsform im Spannungsfeld von Zentralismus und Föderalismus*, Opladen 2000.

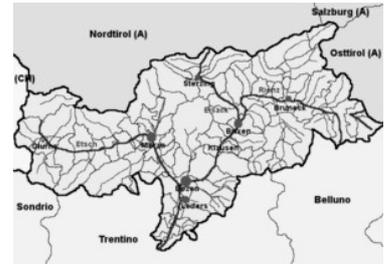
<sup>43</sup> »Vorurteile mit historischem Hintergrund stehen zwischen den beiden Sprachgruppen. Eine Autonomie mit Modellcharakter für Europa. Aber es fehlt ein gemeinsames Konzept für die Zukunft«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.10.1994.

schilder in Südtirol abzuschaffen. Derartige Maßnahmen verstärkten die Vorbehalte der italienischsprachigen Bevölkerung gegenüber der Autonomie mit ihrer ethnischen Proporzregel. Im Verlauf des Jahres 2003 legte ein Bozener Verein gemischtsprachiger Eltern bei der EU-Kommission Beschwerde ein. Diese sollte prüfen lassen, ob die »Sprachgruppenerklärung« nicht gegen EU-Recht verstoße. In der Folge kam es zu einer Neuregelung, wonach die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe in Zukunft unabhängig von der Volkszählung erklärt werden kann.

Die Vorbehalte der italienischsprachigen Bevölkerung erhalten dadurch Auftrieb, dass einige Parteien die regionale Autonomie als einen dynamischen Prozess betrachten. Während die UfS, ein Mitglied der EFA, die »Wiedervereinigung« mit dem österreichischen Teil von Tirol anstrebt,<sup>44</sup> suchen die die *Freiheitlichen*, eine Schwesterpartei der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), den Anschluss an Österreich. Vielleicht ist diese Parteienkonkurrenz der Grund, warum die regierende SVP in ihrem Parteiprogramm aus dem Jahre 1993 hervorhob, dass sie einen »weiteren Ausbau der Autonomie und die Einfügung Südtirols in ein föderalistisches Europa der Regionen« anstrebe.<sup>45</sup> Im Januar 2006 veröffentlichte der SVP-Vorsitzende Elmar Pichler eine an Österreich gerichtete Petition. Durch eine Verfassungsänderung solle sich die Alpenrepublik als Schutzmacht »zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des vom Land Tirol abgetrennten Tiroler Volkes deutscher Sprache« bekennen.<sup>46</sup>

## 7. Die Lega Nord (LN) – Italien

Das im letzten Kapitel geschilderte Südtiroler Autonomiemodell hat letztlich dazu beigetragen, dass auf Seiten der italienischsprachigen Bevölkerung Norditaliens alternative Regionalbewegungen in Südtirol, der Lombardei, dem Piemont, in Venetien und im Aosta-Tal entstanden bzw. gestärkt worden sind. Auf Initiative der *Union Valdôtaine* aus dem Valle d'Aosta, begann im Jahre 1979 die Vernetzung dieser Regionalbewegungen. 1985 gründete sich die *Lega Lombarda*, die sich 1991 in *Lega Nord* umbenannte.<sup>47</sup> Ihrem Vorsitzenden Umberto Bossi gelang es innerhalb nur weniger Jahre, die *Lega Nord* von einer kleinen Regionalpartei zu einem Koalitionspartner der Regierung Silvio Berlusconi aufzubauen. In der zur Zeit auslaufenden Legislaturperiode wird die Partei von 17 Vertretern im Senat und 26 im Abgeordnetenhaus des italienischen Parlaments repräsentiert.



Die italienische Provinz Südtirol mit den angrenzenden österreichischen Landesteilen Nord- und Osttirol

<sup>44</sup> Union für Südtirol, *Autonomie – Volksgruppenrecht*, siehe unter <[www.unionfs.com](http://www.unionfs.com)>.

<sup>45</sup> SVP, *Das neue Programm der Südtiroler Volkspartei*, Meran, 8.5.1993, S. 1; <[www.svpartei.org/smartedit/documents/seiten/b/programm.pdf](http://www.svpartei.org/smartedit/documents/seiten/b/programm.pdf)>.

<sup>46</sup> Stefan Ulrich, »Südtiroler wünschen sich Österreich als Schutzmacht«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27.1.2005, S. 1.

<sup>47</sup> M. Chiara Barlucchi/Volker Dreier, »Der Schlaf der Politik gebiert Ungeheuer. Zu den Sezessionsbestrebungen der Lega Nord, ihren Ursachen und möglichen Erfolgsaussichten«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 8 (1998) 2, S. 569–596, insbes. S. 579.

Wie der Slogan der Partei – »Per l'Indipendenza della Padania« – zum Ausdruck bringt, ist es ihr erklärtes Ziel, die regionale Selbstverwaltung stetig bis hin zur Unabhängigkeit Norditaliens weiterzuentwickeln.<sup>48</sup> Der *Lega Nord* reicht der bisherige Dezentralisierungsprozess nicht aus, obwohl 1999 Direktwahlen für die Regionalräte und der Präsidenten der 15 Regionen mit Normalstatus eingeführt wurden und Rom im Jahre 2001 Gesetzgebungskompetenzen an die Regionen abtrat.<sup>49</sup> Die *Lega Nord* orientiert sich jedoch an jenen fünf Regionen mit Sonderstatuten, die wie Südtirol bis zu 90 Prozent des Steueraufkommens in der Region halten können. Mit ihrem Eintritt in die Regierung Berlusconi im Jahre 2001 besetzte die Partei drei Ministerien, Umberto Bossi selbst übernahm das für den institutionellen Strukturwandel zuständige *Ministero Riforme Istituzionali e Devoluzione*.

Bis zum Ausscheiden Bossis aus dem Amt im Sommer 2004 verfügte die von insgesamt 4 Prozent der Italiener gewählte *Lega Nord* somit über einen direkten Einfluss auf die »Devolution«, das heißt Regionalisierung, und damit auf die Reform des politischen Systems. Kaum hatte eine knappe Mehrheit im landesweiten Referendum vom 7. Oktober 2001 der Abgabe von Kompetenzen an die Regionen zugestimmt – die Wahlbeteiligung lag bei 34 Prozent, kündigte Bossi Anfang Dezember 2001 ein neues Gesetzesprojekt an, das Italien in einen föderalen Staat verwandeln würde, der allen Regionen eine weitgehende Autonomie zugesteht, nicht nur in kulturellen Fragen, sondern auch bei der Erhebung eigener Steuern. Durch mehrfache Rücktrittsdrohungen versuchte er immer wieder vor allem den italienischen Christdemokraten Zugeständnisse abzurufen.<sup>50</sup>

Doch im Gegensatz zum Namen ihrer online erscheinenden Parteizeitung *il federalismo* sieht die *Lega Nord* das angestrebte föderale System lediglich als ein Sprungbrett zur Eigenstaatlichkeit Padaniens.<sup>51</sup> Daraus macht sie vor allem in Wahlkampfzeiten keinen Hehl. Auf Veranstaltungen in der Lombardei bekräftigte Roberto Castelli als amtierender italienischer Justizminister erst kürzlich die Ziele seiner Partei: »Das Ziel der Liga ist die Unabhängigkeit Padaniens«; sein Traum sei ein »föderales Europa mit einer Reihe von Makro-Regionen, von denen eine Padanien ist.«<sup>52</sup> Die Region Lombardei gehört zusammen mit der Region Venetien traditionell zu den »Hochburgen« der *Lega Nord*; ihr Stimmenanteil lag hier bei den letzten Regionalwahlen im Jahre 2005 bei 15,8 bzw. 14,7 Prozent. Dieses Ergebnis – landesweit lag dies bei 5,9 Prozent – möchte man bei den kommenden italienischen Parlamentswahlen im April 2006 verbessern.

Vergleichbar mit dem südfranzösischen Okzitanien, dessen Autonomie die *Partit Occitan* (PÒC) fordert (vgl. oben, S. 19), ist auch »Padanien« eine



»Padanien«, wie es die Lega-Nord sieht: im Würgegriff des restlichen Italien  
<[www.emabonn.de/ema/zeit.htm](http://www.emabonn.de/ema/zeit.htm)>

48 *Lega Nord, I Manifesti della Lega Nord*, <[www.leganord.org/manifesti/a\\_4\\_manifesti.htm](http://www.leganord.org/manifesti/a_4_manifesti.htm)>.

49 Ausschuss der Regionen, *Der Dezentralisierungsprozess in Italien*, vgl. unter: <[www.cor.eu.int/document/documents/Italy\\_de.pdf](http://www.cor.eu.int/document/documents/Italy_de.pdf)>.

50 Vgl. Paul Badde, »Berlusconi lockt mit der Macht«, in: *Die Welt*, 16.7.2004; »Bossi droht mit Austritt aus Italiens Regierung«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13.6.2003.

51 *Il federalismo*, vgl.: <[www.ilfederalismo.net](http://www.ilfederalismo.net)>.

52 »Secession still the Aim of Berlusconi's Partners in Italy«, in: *Agence France-Presse* (Rom), 6.2.2006.

fiktive Region. Sie käme ebenfalls erst auf dem Weg einer Vereinigung der norditalienischen Regionen, das heißt durch eine politische Zentralisierung (!), zustande. Ginge es nach den Politikern der *Lega Nord*, gehörten hierzu in erster Linie Ligurien, Piemont, das Aosta-Tal, die Lombardei, Trentino-Südtirol, Friaul-Julisch Venetien, Venetien und Emilia-Romagna, wenn möglich aber auch die Toskana und die Marken. Um diese neue politische Einheit zu rechtfertigen, wird an einem Geschichtsmythos gebastelt, der für die Landschaft des Po eine im Wesentlichen gemeinsame, traditionsreiche Vergangenheit unterstellt, deren Wurzeln wie im Falle der Bretonen und Waliser auf keltische Stämme zurückgehen sollen. Die padanische »Unabhängigkeitserklärung« am 13. September 1996 wurde dementsprechend mit einer Schifffahrt des Parteivorsitzenden Umberto Bossi von der Quelle des Po bis zu dessen Mündung gefeiert.<sup>53</sup> Eine zusätzliche identitätsstiftende Rolle spielt schließlich die »lengua padanese«, eine Art französisch-italienische Mischsprache, die jedoch derzeit nicht im Zentrum der politischen Debatten steht.

Nachdem Umberto Bossi seine politischen Ämter Anfang 2004 aus gesundheitlichen Gründen hatte ruhen lassen müssen, entschied er sich kurzerhand, für die Wahlen zum Europaparlament zu kandidieren. Die *Lega Nord* erhielt 5,9 Prozent und konnte insgesamt vier Abgeordnete nach Straßburg entsenden. Bossi ist dort Mitglied des Ausschusses für Regionale Entwicklung. Die vier *Lega Nord*-Vertreter haben sich der Fraktion *Unabhängigkeit/Demokratie* (ID) angeschlossen, der unter anderem die britische *Independence Party* und die polnische *Liga Polskich Rodzin* angehören. Die Zusammenarbeit mit diesen europafeindlichen Parteien macht deutlich, dass der regionale Nationalismus jener nationalistischen Ideologie sehr nahe steht, die eher auf eine Stärkung des Gesamtstaats unter der Hegemonie einer ethnischen Gruppe abzielt. Der jüngste Appell des Spitzenpolitikers der *Lega Nord*, des Ministers für Reformen Roberto Calderoli, an den Papst, dieser solle die Führung eines modernen Kreuzzugs gegen die Muslime übernehmen, bestätigt diese Beobachtung.

## 8. Der Vlaams Belang – Belgien

Der *Vlaams Belang* hat sich am 14. November 2004 gegründet. Er ist die Nachfolgepartei des wegen Rassismus verbotenen *Vlaams Blok*. Obwohl dessen Verurteilung bereits am 21. April 2004 ausgesprochen worden war und ein halbes Jahr später vom belgischen Kassationsgericht bestätigt wurde, durfte der *Vlaams Blok* noch an den Wahlen zum Europaparlament am 13. Juni 2004 teilnehmen. Dabei konnte er seinen Stimmenanteil um 4,9 auf 14,3 Prozent steigern und drei Abgeordnete nach Straßburg entsenden. Bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 90,8 Prozent haben sich also eine Million Belgier für diese rechtsextremistische flämische Regionalpartei entschieden. Dies spiegelt in etwa die politischen Kräfteverhält-

<sup>53</sup> Thomas Kreyenbühl, »Padanien – Konturen eines wirtschaftlichen Schwergewichtes. Keimende Sezessionswünsche in Norditalien«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 12.9.1996.

nisse auf nationaler Ebene wieder: Seit den Wahlen zum belgischen Parlament am 18. Mai 2003 ist der *Vlaams Blok* bzw. *Vlaams Belang* mit 18 Vertretern in der Abgeordnetenversammlung und mit 5 im Senat präsent.

Der *Vlaams Belang* bezeichnet sich in seinem neuen Parteiprogramm als »Vlaams-nationalistische partij« und formuliert als Punkt 1 das Ziel eines unabhängigen flämischen Staats – des »Vlaamse staat«. <sup>54</sup> Das föderale System Belgiens sieht er also nicht mehr als ausreichend an, um den Interessen der flämischen Kulturpolitik politische Geltung zu verschaffen. Dabei hat es in den zurückliegenden Jahrzehnten weitreichende Veränderungen zugunsten der Sprachgemeinschaften gegeben: Schon im Jahre 1970 wurde ein Regionalisierungs- und Föderalisierungsprozess in Gang gesetzt, der Belgien in verschiedene, sich zum Teil überlagernde staatliche Konstituenten aufgliedert, nämlich in die Gemeinschaften und die Regionen. Während eine Gemeinschaft eine Bevölkerungsgruppe umfasst, die dieselbe Sprache spricht, bildet eine Region ein abgegrenztes Hoheitsgebiet.

So verfügen heute die drei Sprachgemeinschaften Niederländisch bzw. Flämisch, Französisch und Deutsch sowie die drei Regionen Flandern, Wallonien und Brüssel über eigene Parlamente und Regierungen. Im Jahre 1980 entschieden sich die 6 Millionen Einwohner Flanderns, die beiden Parlamente der Gemeinschaft sowie der Region zusammenzulegen. Weitere Reformen in den Jahren 2001 und 2004 sorgten dafür, dass die flämische Bevölkerung der Hauptstadt Brüssel (ca. 100 000 oder 10%) insgesamt 6 der 124 Abgeordneten des flämischen Parlaments wählen kann. Recht kompliziert geblieben ist dagegen die Selbstverwaltung Walloniens, wo es jeweils ein Parlament für die Region, für die französischsprachige Gemeinschaft (ca. 3,4 Millionen) und für die deutschsprachige Gemeinschaft (71 000) gibt. Folglich hat der belgische Föderalismus eine asymmetrische Struktur angenommen.

Angesichts dieser Regionalisierung des Landes, die vor allem auf das stete Drängen der Flamen zurückgeht, überrascht es nicht, wenn sich der *Vlaams Blok* – trotz seines Verbots – noch immer selbstbewusst in Szene setzt: »Der Vlaams Blok hat sich als erste Partei resolut für die Idee der flämischen Unabhängigkeit entschieden. Durch unseren Einsatz hat diese Idee heute Eingang in wichtige Kreise der Politik und Wirtschaft gefunden.« <sup>55</sup> Dies wurde zuletzt im Mai 2005 deutlich, als Ministerpräsident Guy Verhofstadt wegen eines neuen Sprachenstreits nur knapp eine Vertrauensfrage überstand. Die flämischen Sozialisten und Liberalen hatten im Koalitionsvertrag gegen ihre wallonischen Schwesterparteien die Aufteilung des Wahlbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde durchgesetzt. Damit wollen sie Mitspracherechte der Wallonen vereiteln, die sich durch deren Zuzug aus Brüssel in die flämischen Vorstädte ergeben. <sup>56</sup>



die Flämische Gemeinschaft  
 die Französische Gemeinschaft  
 die Flämische und die Französische Gemeinschaft  
 die Deutschsprachige Gemeinschaft

Die Sprachgemeinschaften in Belgien,

<http://jisp.vlaamsparlement.be/docs/biblio/brochures/deutsch.pdf>

<sup>54</sup> Vlaams Belang, *Programma, 1. Vlaamse staat*; <[www.vlaamsbelang.org/index.php?p=21&id=1](http://www.vlaamsbelang.org/index.php?p=21&id=1)>.

<sup>55</sup> Vlaams Belang (deutsche Startseite), *Ein neuer Beginn!*, 12.11.2004, <[www.vlaamsbelang.org/index.php?p=38](http://www.vlaamsbelang.org/index.php?p=38)>.

<sup>56</sup> Vgl. »Verhofstadt übersteht die Krise wegen des Sprachenstreits in Belgien«, in: *Die Welt*, 14.5.2005.

Im flämischen Landesteil schlägt sich der wachsende Einfluss der Nationalisten noch deutlicher nieder. Die letzten belgischen Regionalwahlen fanden am 13. Juni 2004 statt und damit am Tag der Wahlen zum Europaparlament. Dabei stimmten 24 Prozent der Flamen für den eigentlich schon verbotenen *Vlaams Blok*, der mit 32 von 124 Abgeordneten zur zweitstärksten Partei im Regionalparlament nach den flämischen Christdemokraten wurde. Nur mit größter Mühe gelang es einem breiten Bündnis, die Regierungsbeteiligung des *Vlaams Blok* zu verhindern. Doch der Funke der Idee einer flämischen Unabhängigkeit ist bereits auf einen Koalitionspartner überggesprungen: Die Partei SPIRIT kämpft in der Nachfolge der flämischen Regionalpartei *Volksunie* und als Mitglied der *European Free Alliance* (EFA) für eine Umwandlung des belgischen Föderalismus in eine Konföderation, das heißt in einen Staatenverbund souveräner Staaten.<sup>57</sup>

Unterstützung erhielt der Unabhängigkeitsgedanke durch ein Manifest, das Ende November 2005 vom belgischen Wirtschafts-Think-Tank »In de Warande« veröffentlicht wurde. Nach Meinung führender Vertreter der flämischen Wirtschaft, darunter der ehemalige Präsident des flämischen Arbeitgeberverbandes und der Bank KBC, sei das komplizierte föderale System Belgiens zu kostspielig geworden. Darüber hinaus würden zu viele Transferleistungen in den ärmeren französischsprachigen Süden fließen.<sup>58</sup> Im Falle einer Teilung des Landes schlagen sie für Brüssel einen Sonderstatus vor. Doch es ist zu bezweifeln, dass derartige Teilungspläne den Streit der belgischen Gemeinschaften um Sprach- und Stimmbezirke schlichten werden. Zudem würde Brüssel als Sitz von Europäischem Parlament und Kommission zu einer Art Zwischenregion zweier souveräner Staaten, von der ein deutliches Symbol ausginge: Es stünde für ein Europa der Regionen im Geiste nationalstaatlicher Desintegration.



Think-Tank *In de Warande*:  
»Manifest für ein selbständiges  
Flandern in Europa«, November  
2005

<sup>57</sup> SPIRIT, *En de federale verkiezingen van 18 mei 2003. Politik gaat over de mensen*, 1.3.2003, S. 15, <[www.meerspirit.be/pdfs/Programma\\_federale\\_verkiezingen\\_18\\_mei%20\\_2003.pdf](http://www.meerspirit.be/pdfs/Programma_federale_verkiezingen_18_mei%20_2003.pdf)>; der Name SPIRIT setzt sich aus den Anfangsbuchstaben von Adjektiven zusammen, die das Programm dieser Partei umschreiben: »Sociaal, Progressief, Internationaal, Regionalistisch, Integraal-democratisch, Toekomstgericht«.

<sup>58</sup> »Wegen Sezessionswunsch gefeuert. Belgien: Die Flamen wollen ihren Landesteil von der Wallonie abspalten – ein McKinsey-Chef opfert dafür sogar seine Karriere«, in: *Handelsblatt*, (12.12.2005) 240, S. 6.

## Antworten auf den Regionalen Nationalismus

Bevor nun Handlungsempfehlungen für die deutsche und europäische Politik im Umgang mit dem Regionalen Nationalismus entwickelt werden, sollen die wesentlichen Ergebnisse der Analyse von insgesamt acht Fallbeispielen noch einmal zusammengefasst werden.

### Zusammenfassung der Analyse europäischer Regionalparteien

- ▶ Die politischen Programme der untersuchten Regionalparteien sind jeweils nur an einen bestimmten Teil der Bevölkerung der betreffenden Region gerichtet, der kulturelle und sprachliche Gemeinsamkeiten besitzt und mit der Region verwurzelt ist. Die Herstellung und Wahrung dieser kollektiven Identität steht an erster Stelle des Parteiprogramms, weniger die Entwicklung politischer Strategien zur Lösung gesamtregionaler Probleme. Deshalb haben diese Parteien einen *exklusiven Charakter*, das heißt, sie stehen nicht allen Bürgern der Region – unabhängig von ihrer Herkunft, Muttersprache oder Konfession – offen.
- ▶ Alle Programme sind von einem *Missionsgedanken* durchzogen. Die Regionalparteien sehen sich in der Rolle von Vorkämpfern für die Interessen ihrer jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Sie betrachten es als ihre Aufgabe, diese Gruppe von der angeblichen politischen Unterdrückung und der behaupteten wirtschaftlichen Ausbeutung durch die bestehenden Nationalstaaten zu befreien. Dieser Glaube, sich von nationalstaatlicher Bevormundung lösen zu müssen, stützt sich auf die verbreitete Skepsis gegenüber dem Staat, vor allem in wirtschaftspolitischen Diskursen.
- ▶ Ziel der Regionalparteien ist die Aufwertung der von ihnen repräsentierten Kulturgemeinschaft zur Nation und langfristig die *staatliche Unabhängigkeit* ihrer Region vom betreffenden Nationalstaat. Der Vergleich verschiedener Beispiele hat gezeigt, dass fast alle im EU-Parlament vertretenen Regionalparteien die Autonomiestatuten lediglich als ein Übergangsstadium auf dem Weg zur Eigenstaatlichkeit betrachten. Diese Maximalforderung ist nur aus taktischen Gründen zeitweise aufgegeben worden. Viele Regionalparteien drohen mit der Sezession, um vorhandene Autonomierechte zu dynamisieren.
- ▶ Die regionalen Nationalisten wissen die Regionalisierungsprozesse in den EU-Mitgliedstaaten für ihre Zwecke zu nutzen. Sie deuten diese kulturalistisch um und bezeichnen sie als den Beginn des Emanzipationsprozesses ihrer ethnischen Gruppe, den sie selbst angestoßen hätten. Durch den Einsatz des Modells der *Kulturnation* konstruieren sie dabei eine Rivalität zwischen ihrer meist sprachlich determinierten Nation und der politischen Nation des betreffenden Nationalstaats.
- ▶ Das Verhältnis der Regionalparteien zu *Solidarität* und *Subsidiarität* als Prinzipien der Europäischen Integration ist – soweit es noch vorhanden ist – rein instrumentell. In der Praxis wollen die Regionalisten ihre

wirtschaftlichen Ressourcen nicht mit anderen Regionen teilen, vor allem nicht mit Regionen des eigenen Nationalstaats, die infolge des Strukturwandels auf Hilfen angewiesen sind. Interessanterweise sind es in vielen Fällen die reicheren Regionen, in denen die Forderungen des regionalen Nationalismus auf fruchtbaren Boden fallen.

- ▶ In fast allen untersuchten Fällen dient die Sprache als besonderes Kennzeichen für die Zugehörigkeit zu einer regionalen Kulturgemeinschaft. Auffällig ist allerdings, dass dieses Kriterium oft einen fiktiven Charakter besitzt. Das bedeutet, dass die betreffende *Regionalsprache* auch in der Region selbst nur von einem Teil der Bevölkerung gepflegt oder verstanden wird. Doch gerade die Dominanz der offiziellen Landessprache wird als Zeichen der kulturellen Unterdrückung durch den Nationalstaat interpretiert.
- ▶ Wegen des hohen identitätsstiftenden Potentials der Regionalsprachen ist die Forderung nach ihrer Aufwertung Teil fast jeden regionalistischen Programms. In Regionen, wo die Regionalsprachen bereits als gleichberechtigte Amtssprachen eingeführt wurden, streben die Regionalparteien deren Bevorzugung gegenüber der nationalen Amtssprache an. Deshalb sind diese Forderungen nicht mit der Pflege noch bestehender Kulturtraditionen zu verwechseln. Sie zielen im Gegenteil auf eine Veränderung der sozialen Wirklichkeit durch *Sprachpolitik*. Im Zentrum steht dabei keinesfalls die behauptete kulturelle Toleranz, sondern die sprachliche Segregation der Bevölkerung.
- ▶ In ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Integrationsangeboten der betreffenden Nationalstaaten verhalten sich die regionalen Nationalisten ähnlich wie ihre politischen Gegner, die traditionellen Nationalisten auf zentralstaatlicher Ebene. Die Spiegelbildlichkeit im Denken zeigt sich gerade in der *Ablehnung* sowohl der *Mehrsprachigkeit* als auch des *Aufweichens ethnischer Grenzen*. Denn die Durchlässigkeit ethnischer Grenzen gefährdet ihr Modell der Kulturnation und zerstört ihr Begründungsmuster für eine staatliche Sezession.
- ▶ Wie ihre nationalistischen Gegenspieler arbeiten auch die regionalen Nationalisten mit *Gründungsmythen* ihrer Kulturnationen. Dabei nutzen sie die Unkenntnis der Öffentlichkeit über historische und linguistische Gegebenheiten. Der artifizielle Charakter der von ihnen propagierten exklusiven Kulturnation bleibt sowohl den Adressaten in der Region als auch den Kontrahenten auf nationaler Ebene oft verborgen und ist meist nur von Experten zu durchschauen.
- ▶ Über die soziale Konstruktion einer vom Nationalstaat unabhängigen Kulturnation wird ein permanentes Spannungsverhältnis zu anderen Teilen der Bevölkerung aufgebaut, insbesondere zu anderen Sprachgruppen innerhalb und außerhalb der jeweiligen Region. Dies setzt den Zentralstaat unter Druck, der mit politischen Zugeständnissen Maximalforderungen abwehrt. In vielen Fällen ist auf diese Weise ein *asymmetrischer Föderalismus* entstanden, der immer wieder neue Konflikte hervorbringt.

- ▶ Darüber hinaus entsteht ein Konfliktpotential zu den Nachbarländern. Entgegen seinen programmatischen Erklärungen macht nämlich der Regionale Nationalismus an den nationalstaatlichen Grenzen nicht Halt, auch er ist *expansionistisch*. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Euroregionen erweist sich in vielen Fällen als eine Strategie der nationalen Vereinigung mit Bevölkerungen angrenzender Territorien.
- ▶ Schließlich sind auch einige *Unterschiede* zwischen den verschiedenen Regionalparteien auf europäischer Ebene erkennbar. Ein entscheidender Punkt ist ihr Verhältnis zum Projekt der Europäischen Integration. Hier zeichnet sich eine Spaltung in einen größeren Teil von proeuropäischen Regionalisten und eine kleinere Gruppe von Europegegnern ab. Letztere scheuen sich nicht, im EU-Parlament mit traditionellen nationalistischen Parteien zusammenzuarbeiten.
- ▶ Dennoch ist Skepsis auch gegenüber den proeuropäischen Regionalparteien angebracht. Vor allem die Anhänger eines »demokratischen Nationalismus«, das heißt die Mitgliedsorganisationen der EFA, betrachten die *EU als institutionelles Instrument* zur Errichtung eines eigenen Nationalstaats. Die proeuropäische Programmatik erweist sich eher als Rhetorik. Ihre Vorschläge zur Reform der EU-Institutionen laufen auf eine Stärkung der nationalstaatlichen Ebene hinaus, an der sie selbst als anerkannte Nationen partizipieren möchten. An einer Vertiefung des Europäischen Integrationsprozess sind sie kaum interessiert.
- ▶ Die proeuropäische Programmatik könnte die Illusion wecken, dass die »demokratische« Variante des regionalen Nationalismus harmloser und daher geeigneter sei, in das bestehende politische System eingebunden zu werden. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Mitgliedsorganisationen der EFA zwar vielerorts Bündnisse und damit Kompromisse eingehen, in der Sache aber machen sie *keine Zugeständnisse*.
- ▶ Der Vergleich der verschiedenen nationalistischen Regionalparteien lässt sogar vermuten, dass sie ihre Ziele umso offensiver und aggressiver verfolgen, je größer sie werden: So ist es kein Zufall, dass die starken spanischen Regionalparteien im vergangenen Jahr die bestehenden Autonomiestatuten mit dem Zentralstaat einseitig aufkündigten. Ebenso bedenkenswert ist, dass die erfolgreichste belgische Regionalpartei, der *Vlaams Blok*, zu einer rassistischen Partei geworden ist, die sich in nichts mehr von den *traditionellen Nationalisten* unterscheidet.

### Optionen für die deutsche Außenpolitik

Deutschland trägt aufgrund seiner neueren Geschichte eine besondere Verantwortung für eine kritische Auseinandersetzung mit der Ideologie des Nationalismus und Totalitarismus. Aus dieser Erfahrung heraus ist der Blick auf jene Räume zu richten, wo nationalistisches Gedankengut heute erneut Zwietracht unter den EU-Mitgliedstaaten und deren Bürgern sät. Dieses Gedankengut kann einerseits innenpolitische Probleme hervorrufen, wenn die Ideologie des Regionalen Nationalismus aus den Nachbarländern auch in Deutschland nationalistische Abstammungsmythen

wiederaufleben lässt. Dies würde dem Modell einer exklusiven Kulturation Vorschub leisten, das sprachliche und religiöse Kriterien als Zugehörigkeitsmerkmale der Nation definiert. Die jüngsten Versuche der Integrationspolitik, Zuwanderer im Rahmen eines modernen politischen Nationsverständnisses in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, könnten einen empfindlichen Rückschlag erleiden.

Die Revitalisierung nationalistischer Abstammungsmythen könnte aber auch die außenpolitischen Beziehungen Deutschlands schwer belasten. Hingewiesen sei an dieser Stelle nur auf die polnische Mitgliedsorganisation der *European Free Alliance* (EFA), nämlich die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* (BAS)/*Ruch Autonomii Śląska*. Sie fordert mehr Autonomie für die polnische Region Schlesien, zielt längerfristig aber tatsächlich auf eine Eigenstaatlichkeit und begründet dies mit der Existenz einer schlesischen Nation. Die BAS ist nach eigenen Worten »mit der administrativen Zerstückelung des oberschlesischen Gebietes nicht einverstanden [...] kämpft daher um die Vereinigung Oberschlesiens in historischen Grenzen [und fordert,] die gestohlenen schlesischen Kulturgüter sollen dort zurückgegeben werden.«<sup>59</sup> Zwar gibt sich die BAS eine eigene schlesische Identität, doch wird auch dieses Regionalbewusstsein kulturalistisch umgedeutet: Sie sucht sich Bündnispartner »in verschiedenen regionalen, regionalistischen, ethnischen und freiheitlichen Organisationen [...] – unter anderem die Bewegungen, die die schlesischen Deutschen vereinigen.«<sup>60</sup>

Abgesehen von der Gefahr, dass die deutsche Außenpolitik von nationalistischen Regionalbewegungen der Nachbarländer in Dienst genommen werden könnte, wird am Beispiel der BAS ein weiteres Problem deutlich: Es betrifft das System des deutschen Föderalismus, das von vielen europäischen Regionalbewegungen – so auch von der BAS – als nachahmenswert angesehen wird. In der Tat konnte Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten entscheidende Impulse für die unterschiedlichen Regionalisierungsprozesse in Europa geben. Doch sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, dass die Akteure des Regionalen Nationalismus in ihren Nationalstaaten gerade kein föderales System anstreben. Ihre Bewunderung für das deutsche Modell beschränkt sich darauf, dass die deutschen Bundesländer eine Staatsqualität besitzen. Deren Kompetenzen, zum Beispiel in der Gesetzgebung, möchten auch sie erhalten. Doch abweichend vom Prinzip des deutschen Föderalismus sind sie nicht bereit, diese Kompetenzen im Rahmen einer gemeinsamen Rechtsordnung mit anderen Bundesländern zu teilen. Darauf deutet ihr unermüdlicher Einsatz um immer neue Sonderrechte hin, ihre permanente Unzufriedenheit mit den bereits erreichten Autonomiestatuten und schließlich ihre wiederkehrenden Erklärungen, dass das Ziel die staatliche Unabhängigkeit ist.

Es wäre daher ein grober Fehler, diese nationalistischen Eigeninteressen regionaler Akteure als ein berechtigtes Anliegen anzusehen. Dagegen ist eine sorgfältige Prüfung der realen Faktenlage zu empfehlen. Dann er-

<sup>59</sup> *Bewegung für Autonomie Schlesiens stellt sich vor*, Juli 2004, <<http://raslaska.aremmedia.net/deu/aktuell/01/0001.html>>.

<sup>60</sup> Ebd.

weisen sich die meisten Beschwerden über eine angebliche Unterdrückung und Ausbeutung der Region durch den Nationalstaat als reine Rhetorik. Diese spekuliert vor allem auf das allgemeine Interesse an regionalen und lokalen Besonderheiten. Gegen eine solche »Regionalromantik«, die sich der Rekonstruktion alter Sprachen und vergessener Kulturtraditionen verschreibt, ist so lange nichts einzuwenden, wie sie der Bildung, der Unterhaltung oder dem Tourismus dient. Die Konsequenzen einer solch sentimental Hinwendung zu regionalen Traditionen sind jedoch fatal, wenn daraus, wie oben gezeigt, Folgerungen für das politische System gezogen werden. Der romantische Rückblick in die Vergangenheit konserviert eine regionale Identität, die sich gesellschaftlichen Veränderungen verschließt und einen Teil der regionalen Bevölkerung ausgrenzt.

Jenseits dieser grundsätzlichen Erwägungen bieten sich Deutschland konkrete Ansatzpunkte für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Außen- und Innenpolitik. Von einer solchen Kooperation könnten Anstöße ausgehen für einen Erfahrungsaustausch unter den Innenministern auf europäischer Ebene. Dabei müsste es um die Frage gehen, wie die derzeitige territoriale Ordnung besser zu schützen ist und wie der Aktionsradius dieser nationalistischen Regionalparteien eingeschränkt werden kann. So wäre es interessant zu erfahren, wie sich das Verbot des *Vlaams Blok* auf die politische Parteienlandschaft und die Stabilität Belgiens ausgewirkt hat. Denkbar wäre auch eine Initiative, die sich an den Europäischen Gerichtshof richtet und diesen prüfen lässt, ob sich die Programme der Regionalparteien im Europaparlament zu den Europaverträgen konform verhalten. Diese Prüfungsergebnisse müssten öffentlichkeitswirksam kommuniziert und als Mittel der politischen Auseinandersetzung genutzt werden. Dabei sollte unbedingt bedacht werden, dass eine solche öffentliche Diskussion nicht in die falsche Richtung läuft und womöglich nationalistischen Kräften zugute kommt.

### **Europäische Antworten auf den Regionalen Nationalismus**

An dieser Stelle sollte noch einmal deutlich herausgestellt werden, auf welchen normativen Prämissen der Integrationsprozess der Europäischen Union beruht. Er wurde von den Ideen der *Paneuropa-Bewegung* vom Anfang des 20. Jahrhunderts inspiriert, die sich mit den Ursachen des Ersten Weltkriegs auseinander gesetzt und dem Nationalismus die Hauptschuld zuerkannt hatte. Aus dieser Erkenntnis heraus bemühte sich die Bewegung um ein breites demokratisches Bündnis gegen den herannahenden Zweiten Weltkrieg. In ihrem »Europäischen Manifest« vom 1. Mai 1924 warnte sie die »Europäer! [und] Europäerinnen!« vor der Gefahr einer nationalen Zersplitterung des Kontinents: »Europas Politik steuert einem neuen Krieg zu. Zwei Dutzend neue Elsass-Lothringen sind entstanden. [...] Die einzige Rettung vor diesen drohenden Katastrophen ist: *Paneuropa*; der Zusammenschluss aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu

einer internationalen Gruppe, zu einem politischen und wirtschaftlichen Zweckverband.«<sup>61</sup>

Ohne diese Initiative der Paneuropa-Bewegung wäre auch der letzte Versuch, den Zweiten Weltkrieg durch ein breites Staatenbündnis zu verhindern, gar nicht erst zustande gekommen: Am 9. September 1929 einigten sich 27 europäische Vertreter des Völkerbunds in Genf auf die Gründung einer »Europäischen Föderalen Union« mit dem Ziel, nationale Ambitionen zugunsten der Wahrung des Friedens in Europa zurückzustellen. Dieser Plan erhielt die Unterstützung des damaligen französischen Außenministers Aristide Briand. Im Mai 1930 wurde er als »Französisches Memorandum« allen europäischen Botschaftern übergeben.<sup>62</sup>

Die deutsche Seite lehnte Briands Europaplan ab, weil er den Status quo und damit die Grenzen der Pariser Vorortverträge festgeschrieben hätte. Der Historiker Walter Lipgens sieht in dem deutschen Beharren auf Grenzrevisionen die entscheidende Abkehr von der deutsch-französischen Verständigungspolitik Gustav Stresemanns und eine »Rückkehr zu den außenpolitischen Grundkategorien der Rechten.«<sup>63</sup> Deshalb bleibt der eigentliche Beginn des europäischen Einigungsprozesses mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 18. April 1951 verbunden. In der Präambel des Vertrags bekannte sich die EGKS ausdrücklich dazu, die »jahrhundertalten Rivalitäten« zu überwinden und »den Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren.«<sup>64</sup>

Auch wenn die Akteure des Regionalen Nationalismus in ihren heutigen Programmen beteuern, das Ziel ihrer nationalen Unabhängigkeit auf friedlichem Wege erreichen zu wollen, so stehen sie doch in enger geistiger Verwandtschaft mit dem Nationalismus des 20. Jahrhunderts. Ihre regionalistische Weltsicht widerspricht zutiefst dem Europäischen Einigungsgedanken, der die Überwindung nationalistischer Feindbilder zum Ausgangspunkt der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa gemacht hat. Deshalb sollten EU-Institutionen und die politischen Parteien im Europaparlament genau prüfen, welche konkreten Ziele regionalistische Akteure auf europäischer Ebene und in ihrer jeweiligen Region verfolgen, bevor sie diese in Bündnisse oder Entscheidungsprozesse einbeziehen. Eine offene und kritische Diskussion über die Ideologie des Nationalismus scheint dringend geboten, vor allem wenn er sich selbst der Öffentlichkeit gegenüber als »demokratisch« und »proeuropäisch« präsentiert.

**61** »Das Europäische Manifest 1. Mai 1924«, in: Richard Coudenhove-Kalergi, *Die Wiedervereinigung Europas*, Wien u.a. 1964, S. 67–81, insbesondere S. 67ff.

**62** Walter Lipgens, »Europäische Einigungsidee 1923–1930 und Briands Europaplan im Urteil der Deutschen Akten, Teil 2«, in: *Historische Zeitschrift*, (1966) 203, S. 316–363, insbes. S. 316f.

**63** Ebd., S. 352.

**64** »Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951« (D 19; Auszug), in: Curt Gasteyger, *Europa von der Spaltung zur Einigung. Darstellung und Dokumentation, 1945–2000*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2001 (Schriftenreihe, Bd. 369), S. 89–98, insbes. S. 90.

Die deutsche Außenpolitik oder deutsche Abgeordnete im Europaparlament könnten die Entwicklung eines Kriterienkatalogs auf europäischer Ebene vorschlagen, der die zukünftigen Regionalisierungsprozesse so gestalten hilft, dass daraus keine Bedrohung für die territoriale Ordnung in den EU-Mitgliedstaaten resultiert. Hierbei sollte ins allgemeine Bewusstsein gerückt werden, welche Ziele mit der Devolution bzw. Regionalisierung ursprünglich verbunden wurden: In erster Linie sollte sie als ein politisches Instrument verstanden werden, Prinzipien der Europäischen Integration wie Solidarität und Subsidiarität auf nationalstaatlicher Ebene einzulösen, und zwar im Interesse der Regionen mit all ihren Einwohnern. Die nationalistischen Regionalisten stellen jedoch dem auf politischen Prinzipien basierenden Nationalstaat und dessen Regionalisierung ihr Modell einer exklusiven Kultur- und Sprachnation entgegen, das eine unerschöpfliche Quelle für ethnisch-nationale Spannungen darstellt. Deshalb sollte der europäischen Öffentlichkeit stärker vermittelt werden, dass im Grunde nur ein übergeordnetes politisches Dach den kulturellen Pluralismus einer Gesellschaft schützen kann.

Diese Problematik betrifft nicht nur die EU-Mitgliedstaaten, sondern auch deren Nachbarländer in Süd- und Osteuropa. Deshalb sollte es Aufgabe der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union sein, einer Destabilisierung bestehender Grenzen durch nationalistisch orientierte Regionalbewegungen Einhalt zu gebieten. Hier könnten entsprechende Konditionalitäten im Rahmen bestehender Kooperationen und Verträge entwickelt werden. In diesem Zusammenhang ist vor der weit verbreiteten Meinung zu warnen, dass die EU-Nachbarstaaten kulturell bzw. sprachlich heterogener wären und deshalb Zugeständnisse an den regionalen Nationalismus gemacht werden müssten. Im Gegenteil, der historisch gewachsene kulturelle Pluralismus kann auch in den Nachbarstaaten der Union nur erhalten bleiben, wenn die dortigen Regionalisierungsprozesse im Interesse einer Demokratisierung nicht partiellen kulturellen Interessen, sondern politischen Kriterien folgen.

## Anhang

### Literaturhinweise

- Berge, Frank/Grasse, Alexander, *Belgien – Zerfall oder föderales Zukunftsmodell?*, Opladen 2003
- Bernecker, Walther L. (Hg.), *Spanien heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*, Frankfurt a.M. 1991
- Coudenhove-Kalergi, Richard, *Die Wiedervereinigung Europas*, Wien u.a. 1964
- Crick, Bernard (Hg.), *National Identities. The Constitution of the United Kingdom*, Oxford 1991
- Diekmann, Knut, *Die nationalistische Bewegung in Wales*, Paderborn 1998
- Gasteyer, Curt, *Europa von der Spaltung zur Einigung: Darstellung und Dokumentation 1945–2000*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2001 (Schriftenreihe, Bd. 369)
- Grasse, Alexander, *Italiens langer Weg in den Regionalstaat. Die Entstehung einer Staatsform im Spannungsfeld von Zentralismus und Föderalismus*, Opladen 2000
- Ichijo, Atsuko, *Scottish Nationalism and the Idea of Europe. Concepts of Europe and the Nation*, London 2004
- Janssen, Siebo M. H., *Belgien – Modell für eine föderal verfasste EU? Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der europäischen Integration*, Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 2005 (Discussion Paper C150)
- Lipgens, Walter, »Europäische Einigungsidee 1923–1930 und Briands Europaplan im Urteil der Deutschen Akten, Teil 2«, in: *Historische Zeitschrift*, 203 (1966), S. 316–363
- Mäs, Michael, *Regionalismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit*, Wiesbaden 2005
- Mühler, Kurt/Opp, Karl-Dieter, *Region und Nation. Zu den Ursachen und Wirkungen regionaler und überregionaler Identifikation*, Wiesbaden 2004
- Riedel, Sabine, *Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration*, Wiesbaden 2005.
- Ruge, Undine, *Die Erfindung des »Europa der Regionen«. Kritische Ideengeschichte eines konservativen Konzepts*, Frankfurt a.M. 2003
- Schmitt-Egner, Peter, *Handbuch zur Europäischen Regionalismusforschung. Theoretisch-methodische Grundlagen, empirische Erscheinungsformen und strategische Optionen des Transnationalen Regionalismus im 21. Jahrhundert*, Wiesbaden 2005
- Speer, Benedikt, *Die autonomen Gemeinschaften Spaniens in der Europäischen Union*, Speyer 1999 (Speyerer Arbeitshefte Nr. 120)
- Michel, Ulrich, *Regionen, Mitgliedstaaten und Europäische Union. Die Integration der Autonomen Gemeinschaften Spaniens unter vergleichender Heranziehung des deutschen Bundesstaates*, Berlin u.a. 1996
- Valandro, Franz, *Das Baskenland und Nordirland. Eine vergleichende Konfliktanalyse*, Innsbruck u.a. 2001

## Abkürzungen

ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
BAS	Bewegung für die Autonomie Schlesiens/Ruch Autonomii Śląska
BNG	Bloque Nacionalista Galego (Galizischer Nationalistischer Block)
CiU	Convergència i Unió (Konvergenz und Einheit)
DPPE-EFA	Democratic Party of the Peoples of Europe – European Free Alliance
EA	Eusko Alkartasuna (Baskische Solidarität)
EAJ	Eusko Alderdi Jeltzalea
EFA	European Free Alliance
ERC	Esquerra Republicana de Catalunya (Republikanische Linke Kataloniens)
EU	Europäische Union
EVP	Europäische Volkspartei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
ID	Fraktion Independency and Democracy
LN	Lega Nord
PC	Plaid Cymru (the Party of Wales)
PCTV	Partido Comunista de las Tierras Vascas
PNV	Partido Nacionalista Vasko (Baskische Nationalistische Partei)
PÒC	Partit Occitan
PSd’Az	Partido Sardo d’Azione
R&PS	Régions et Peuples Solidaires
SNP	Scottish National Party
SPIRIT	Sociaal, Progressief Internationaal, Regionalistisch, Integraal-democratisch, Toekomstgericht
SVP	Südtiroler Volkspartei
UDB	Union Démocratique Bretonne
UfS	Union für Südtirol